

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Verwaltung.  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inseritions-Bedingung**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf., nur das erste Wort frei. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 19. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die Arbeitslosen-Versammlungen.

Gran lag der Himmel über Berlin; Straßenbahnen, Omnibusse und die sonstigen der Beförderung von Menschen dienenden Behälter hatten ihre Morgenarbeit hinter sich, die Bewegung der Menschenmassen auf den Straßen hatte ihre Einseitigkeit verloren, der Strom nach dem Centrum hin war ins Stoden geraten, da begann in der Nähe der acht großen Lokale, nach denen die Gewerkschaftskommission die Arbeitslosen-Versammlungen einberufen hatte, ein eigenartiges Leben.

Zuerst war unsere Polizei auf dem Posten. Die Eingänge der Lokale wurden besetzt, Schutzmännchen-Doppelposten schritten die Straße auf und ab und in stillen Winkeln wurden Aufgebote von 20-30 Schutzleuten „für alle Fälle“ bereit gehalten. Auch die gesamte reisende Schutzmännchenschaft, die sonst lediglich als „Hörde“ für unsere Prachtstraßen dient oder ihre Pferde bei Paraden auf den Höhenrängen der patriotischen Zuschauer courbetellieren läßt, war erschienen. Die schönen, fatten und glatten Pferde tänzelten vor den Lokalen auf dem Pflaster auf und ab oder standen — wie bei Keller — zu sechsen in einer Reihe auf dem Hohl.

Allmählich fanden sich auch die Arbeitslosen ein, die sofort die Entdeckung machen durften, daß die Polizei ihnen eine Aufmerksamkeit schenkte, die sie bei allen anderen Behörden vergeblich suchten. Erst kamen sie einzeln, dann truppweise und schließlich zogen sie in ununterbrochenem Strame in die Lokale ein, die sofort polizeilich geschlossen wurden, wenn die vorchriftsmäßige Personenzahl in den Saal eingelassen war. So kam es, daß außer den Tausenden, welche die Lokale füllten, mehrere tausend Menschen an den Eingängen sich einfanden, um — von dort zurückgewiesen — schweigend ihres Weges zu ziehen. Die Gesamtzahl der Eingelassenen und Einlassbegehrenden kann man wohl auf 15 000 schätzen.

Auffallend war der Unterschied zwischen den Besuchern der Versammlungen am Montag und den Besuchern der Arbeitslosen-Versammlungen im Jahre 1898. Von den erschöpften, abgerissenen Gestalten der damaligen Zeit bemerkte man nur wenige, in manchen Versammlungen gar keine. Freilich dauerte damals die Krise schon drei Jahre, und es war nur ein ganz kurzer zweijähriger Aufschwung diesen drei Jahren der Krise vorangegangen. So haben in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Gewerkschaften noch die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt. Das und die inzwischen erfolgte Verwirklichung der politischen Bildung erklärt wohl die selbstbewusstere, trotz allen Elends stolze Haltung, welche die große Mehrzahl der Versammlungsbesucher zeigte. Nur ganz vereinzelt wurde ein Glas Bier verlangt; die an ein paar Stellen anfertigen dünnen Rauchwolken verrietten, daß noch der eine oder andre sich den Genuß einer Zigarre gönnte. Die gute Kleidung fast aller Versammlungsteilnehmer zeigte, daß man es mit fleißigen, verständigen Leuten zu thun hatte, die die Zeit des Aufschwungs zweckmäßig benutzt hatten, und in dieser sicher auch andreichend für ihre Familien gesorgt haben.

Charakteristisch war das starke Zurücktreten des jugendlichen Elementes und der sogenannten Gelegenheitsarbeiter; fast alle machten den Eindruck von qualifizierten Arbeitern und standen in den besten Jahren — es ist geradezu die Elite der Arbeiterschaft, welche die jetzige Krise aufs Pflaster geworfen hat. Frauen sah man wenig oder gar nicht. Warum wohl nicht? Ach, die Erklärung liegt leider zu nahe! Während ihre Männer in erster Versammlung die Schritte berieten, welche geeignet sind, die einschneidende Not der Arbeitslosigkeit zu bannen oder wenigstens zu mildern, sahen die Frauen doheim hinter der Nähmaschine, um im Dienste der Hausindustrie mit ihren schwachen Kräften zur Erhaltung der Familie beizutragen. Wie lange aber wird dieser Notbehelf noch dauern? Wie bald werden auch die Frauen „Zeit haben“, mit ihren Männern gemeinsam die Arbeitslosen-Versammlungen aufzusuchen?

In allen Versammlungen herrschte ein tiefer, andächtiger Ernst. Man konnte von der Feierlichkeit der Kirche reden, wenn man an diesen Stätten eine so gewaltig ergreifende, ganz in den Worten des Redners aufsteigende Aufmerksamkeit jemals fände. Totenstille lag über den Versammlungen. Die düsteren und zugleich sehnsüchtigen Augen und die im lastenden Leiden geschlossenen Lippen hängen an den Rednern, niemals ein Zeichen der Ermüdung oder der Ungeduld; sie lauschen mit verhaltenen Leidenenschaft und aus dem furchtbaren Elend, in dessen Schilderung sie ihre eigne Lage getreu erkennen, aus der Enge, Verstocktheit und Ratlosigkeit der heutigen Herrschaftsordnung schweift ihr Geist hoffend in das Zukunftsreich der sozialistischen Erldung.

An einzelnen Stellen der Reden dricht tief aus dem Innersten des Gefühls stürmischer Beifall hervor. Die Agenten des Protokollbüros hätten in diesen Versammlungen sehen können, wie scharf die Arbeiter eine Politik begriffen haben, die in ihrem Wahnsinn den Hunger der Arbeitslosigkeit durch erhöhte Lebensmittelpreise zu kurieren unternimmt. Kein Wort geht den Hörern verloren, die gespannt zugehört, daß ihnen die dargelegten Gedanken neue Erkenntnisse erschließen und alte befestigen. Man sieht förmlich, wie jeder Satz in das Verständnis erschallend eindringt.

Einmütig und debattelos nehmen sämtliche Versammlungen die folgende von den Gewerkschaften vorgeschlagene Resolution an:

#### Resolution.

In Anbetracht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Krise immer weitere Kreise zieht, deren Folgen ein Daniederliegen der Produktion in fast allen Gewerben ist, daß diese Erscheinung sich in Betriebs Einschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich durch Arbeiterentlassungen bemerkbar macht, — in der Erwägung, daß durch die Krise in erster Linie die Arbeiter

betroffen werden und dadurch die Not und das Elend in Arbeiterkreisen immer größere Dimensionen annimmt, die schließlich zur Gefahr für unser gesamtes volkswirtschaftliches Leben werden muß,

in fernerer Erwägung, daß die Stadt Berlin und die Reichsregierung noch keine Maßnahmen getroffen haben, um der großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen, beauftragen die Versammelten die Berliner Gewerkschaftskommission, dem Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium und der Reichsregierung folgende Maßnahmen zur Linderung der Not zu unterbreiten:

„Sofortige Inangriffnahme sämtlicher städtischer Bauten — eventuell in eigene Regie — sowie Förderung sämtlicher städtischer Arbeiten überhaupt. — Hierzu zählen wir auch die Anfertigung von Kleidungsstücken für die Beamten und für die Waisen. Diese Arbeiten sind nur an solche Firmen zu vergeben, die nicht in der Hausindustrie arbeiten lassen.“

Ferner hat die Stadt Berlin die Arbeiten für die bereits genehmigten Schulen, von denen die Zeichnungen da sind, ebenfalls in Angriff zu nehmen. Hier können Lehren und Helfer, sowie Schloffer und Beschläge — welche nach Zeichnung gearbeitet — im Vorrat angefertigt werden. Dadurch finden Tausende Beschäftigung. Ebenso ist die Inangriffnahme der Untergrundbahn städtischerseits sofort geboten. Für die in Aussicht genommenen Strecken sind Anschläge und Projekte schleunigst zu fördern.

Des weitern ersuchen die Versammelten die Stadt Berlin, den Bau von Arbeiterwohnungen in eigene Regie zu übernehmen, um dem wucherischen Bodenpreissystem der Grund- und Bodenbesitzer endlich ein Ziel zu setzen, um damit das Wohnungsproblem in gesunde Bahnen einzulenken.“

In fernerer Erwägung, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch den wirtschaftlichen Niedergang, nicht nur durch die Stadt beseitigt werden kann, sondern vielmehr es Aufgabe des Reiches und der Regierungen der Einzelstaaten sein muß, hier Abhilfe zu schaffen, fordern die Versammelten die Regierungen auf:

Sämtliche projektierte Staatsbauten sofort in Angriff zu nehmen. Ferner die Anfertigung von rollendem Material unverzüglich vorzunehmen, da hierdurch die am schwersten von dem wirtschaftlichen Niedergang betroffene Metallindustrie Arbeiter reichlich Arbeitsgelegenheit erhalten würden.“

Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen das Rundschreiben des Eisenbahn-Ministers, durch welches die Verwaltungsorgane aufgefordert werden zur Arbeiterentlassung mit der Dauer der Arbeitszeit der noch im Dienst Verbleibenden zu verlängern. Diese Maßnahmen sind im Interesse des öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens aufs schärfste zu verurteilen.

In der fernerer Erwägung, daß die Arbeit im Interesse der gesamten kulturellen Entwicklung in geregelte Bahnen eingelenkt werden muß, erjuden die Versammelten die Reichsregierung, dem Antrag Kuer u. Gen. — Schaffung von Arbeitsämtern und eines Reichs-Arbeitsamtes — mehr Beachtung und Entgegenkommen zu zeigen.

In weiterer Erwägung, daß bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit eine weitere Belastung der arbeitenden Klasse durch indirekte Steuern unermesslich zur wirtschaftlichen Katastrophe führen muß, fordern die Versammelten die Regierung auf, dem Drängen einer kleinen Interessengruppe auf Erhöhung des Zolls der notwendigen Lebensmittel nicht stattzugeben, sondern durch Abschluß guter Handelsverträge mit anderen Nationen die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes, des gesamten Staatslebens zu sichern und zu fördern.

Der Rebel vom Morgen hatte sich in einen feinen Sprühregen verwandelt, als in der Mittagszeit die Versammelten die Lokale verließen. Dies geschah liberal in stiller Ruhe und Ordnung. Weder die uniformierte Schutzmännchenschaft fand zu thun, noch belamen die bekannten Beamten in Zivilkleidung dritter Garnitur Gelegenheiten, von ihren Gummischuhen Gebrauch zu machen. Aus den Fenstern der nächsten Nachbarschaft sah wohl der eine oder andere gesicherte Spieghelger mit Frauen auf die ungebewerliche, sich aus dem Lokale wägende Menschenmasse; da aber Mittagszeit war, verschlang bald der Strom der Arbeitenden die Menge der Arbeitslosen und bald bot die Straße wieder das gewöhnliche Bild; nur die Fußschläge der davontanzelnden Schutzmännchenschaft erinnerten nach einer kleinen Pause noch einmal an die Färsorge, die einzige Färsorge, welche der Herr Polizeipräsident den Berliner Arbeitslosen angedeihen läßt.

Wir lassen nunmehr die Einzelberichte folgen:

Der Saal des „Englischen Garten“ in der Alexanderstraße war lange vor Beginn der Versammlung, obgleich man durch Entfernung der Tische möglichst viel Raum zu gewinnen gesucht hatte, so stark gefüllt, daß die Polizei das Lokal abspernte. Ein lebhaftes Murmeln durchlief die Menge, als der Referent, Genosse Kuer, den Saal betrat, aber zu lebhaften Begrüßungshandlungen, wie sie sonst wohl einem bekannten und allgemein beliebten Volkshelden beim Betreten des Versammlungslokals zu teil werden, ließ es die gedrückte Stimmung dieser Versammlungsbesucher nicht kommen. — Nachdem der Vorsitzende K. r. in dem Genossen Kuer das Wort erteilt hatte, führte dieser unter anderem aus: Es ist nicht das erste Mal, daß in Berlin Versammlungen von Arbeitslosen stattfinden, um durch ihr Erscheinen in kompakter Masse zu einer Zeit, wo sonst gearbeitet wird, Eindruck hervorgerufen an jenen Stellen, wo man, so weit es möglich ist, Arbeitsgelegenheit für die Beschäftigungslosen schaffen könnte. Solche Versammlungen fanden schon in früheren Zeiten wirtschaftlichen Niederganges statt. Während man aber damals im bürgerlichen Lager derartige Veranstaltungen hinzustellen suchte als solche, die lediglich socialdemokratischen Zwecken und nicht den Interessen der Arbeitslosen dienen sollten, und an denen vornehmlich durch Arbeiterentlassungen bemerkbar macht, — in der Erwägung, daß durch die Krise in erster Linie die Arbeiter

zu leugnen, daß die Arbeitslosigkeit in der That einen hohen Grad angenommen hat. Das ist immerhin bis zu einem gewissen Grade erfreulich. — Nichts ist verlegender, nichts ist roher, als wenn man dem, der sich mit aller Kraft anstrengt, Arbeit zu suchen, sagt: Du gehörst zu denen, die nicht arbeiten mögen. Nichts ist unvernünftiger, als wenn man dem Arbeitslosen entgegenhält: „Ja, hättest Du gespart in der Zeit, dann hättest Du etwas in der Not!“ Wie unvernünftig solche Vorgehensweisen sind, das vermag nur der zu erkennen, der aus eigener Erfahrung weiß, wie schwer es schon dem in Arbeit stehenden Familienvater ist, das notwendige für die Seinen zu beschaffen und daß mit der Arbeitslosigkeit zugleich die Not in der Arbeiterfamilie eintritt. Ein elender Lohn ist es, wenn man unter solchen Umständen den Arbeitern Sparsamkeit predigt. — Es ist festgesetzt worden, daß die Herren v. Stamm und v. Krupp allein bei der Herstellung der Panzerplatten für die Kriegsschiffe in 16 Jahren je 80 Millionen Mark verdienen. Da ist es allerdings leicht, zu sparen. (Beifall und Weisfall.) Die die Reichskammer schaffen, daß die Arbeiter, die, welche die Ergebnisse des Arbeiterkampfes einheimen, das sind einzelne gutbegnadete Personen, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, von den Arbeitern erzeugten Reichthümern als ihr Eigentum zu erklären und sich noch gar ein Bestimmungsgewalt über die Arbeiter anzumahen. (Weisfall.) Ebenso unverständlich wie der Rat, zu sparen, ist es, wenn man den Arbeitern, die die Industrie aus dem Osten nach dem Westen, aus dem Lande nach der Stadt gezogen hat, sagt: Geh wieder dahin, wo Ihr hergekommen seid, dort werdet Ihr Arbeit finden. Ihr habt uns hier Milliarden geschaffen, nun macht, daß Ihr wieder fortkommt. Das bedeutet für den Arbeiter — abgesehen von andrem — Rückkehr aus verhältnismäßiger Freiheit in halbe Hörigkeit. (Zustimmung.) — In dieser Zeit, wo es Zehntausenden von Arbeitern nicht möglich ist, Brot zu kaufen, da kommen die Schutzgelder, unterstützt von den Regierungen aller deutschen Vaterländer und verteuern durch Höhe die notwendigen Lebensmittel, während auf der andern Seite durch Anfristung von Zollschranken unser Handelsverkehr mit dem Auslande lahm gelegt und so unser Wirtschaftsleben schwer geschädigt wird. Das heißt die Arbeiter von zwei Seiten mit Nuten züchtigen. — Wie ist Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit möglich? Man kann ja auf die Vornahme von Kostbararbeiten verweisen, aber Vorschläge im einzelnen zu machen ist nicht unsere Sache. Wir wollen nur die Thatfache konstatieren, daß zur Zeit in Berlin Zehntausende, die geru bereit sind zu arbeiten, arbeitslos sind, und von den Behörden verlangen, daß sie, soweit es in ihrer Macht liegt, die Möglichkeit schaffen, daß die Arbeitslosen ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitslust betätigen können. (Beifall und Weisfall.)

Am Schluß seiner fast zweistündigen Rede zeigte Genosse Kuer, daß es die heutige Gesellschaftsordnung ist, welche die wirtschaftlichen Krisen und das Elend der Arbeitslosigkeit verschuldet, er verweise darauf, daß es die Socialdemokratie ist, die sich die Aufgabe gestellt hat, diese Zustände zu beseitigen, und daß jeder Arbeiter die Pflicht hat, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen, und auf politischem Gebiete im Sinne der Socialdemokratie zu wirken. (Großer Beifall.) Diesem Appell schloß sich auch der Vorsitzende K. r. mit lebhaften Worten an. Dann wurde eine Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem brandenden Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

In der Kronen-Brauerei, wo Reichstags-Abgeordneter Nagel sprach, war der große Saal gut besetzt.

Der Referent beleuchtete in eingehender Weise die Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Auf die Krisen übergehend, giebt er der Meinung Ausdruck, daß diese nicht gleichmäßig auftreten, gegenwärtig tritt die Krise äußerst heftig auf. Mitte des Jahres 1896 setzte die gute Konjunktur ein. Gewinn auf Gewinn heimste das Kapital ein, so haben wir Aktiengesellschaften die in einem Jahre 10 und 11 Millionen verdient haben. Hat der Arbeiter nun in dieser guten Geschäftskonjunktur auch etwas verdient? Hat er auch Gewinn gehabt? Da muß von vornherein mit Nein geantwortet werden.

Der Arbeiter hatte nur den einen Vorteil, daß er leichter Arbeitsgelegenheit fand. Sein Verdienst stieg aber nicht so, daß er etwas ersparen konnte. — Selbst dort, wo die Löhne um ein paar Pfennige erhöht wurden, konnte von einem „Sparen“ nicht die Rede sein, weil der Arbeiter für seine Lebenshaltung mehr Aufwendungen machen mußte, die Wohnungsmieten waren um 15 bis 40 Prozent gestiegen. Die Lebensmittel, Fleisch zc., waren oft bis um das Doppelte angeklommen. Wirth konnte der Arbeiter nichts zurücklegen, weil die gute Konjunktur für ihn keinen Gewinn, sondern nur im günstigsten Fall Arbeitsgelegenheit gebracht hatte.

Kam tritt die Krise ein, Störungen im geschäftlichen Leben sind an der Tagesordnung und die Not und das Elend halten unter der Arbeiterbevölkerung ihren Einzug. Redner beleuchtet nun an der Hand von Zahlen die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und deren Folgen für unser gesamtes Wirtschaftsleben und wirft die Frage auf: Was haben nun demgegenüber die Staatsregierungen und Gemeinden gethan? Nichts! Obgleich es für jeden Politiker schon Witz des vorigen Jahres klar war, daß wir uns in einer absteigenden Konjunktur befinden, hat man sich doch erst vor kurzem entschlossen, „Erhebungen“ anzustellen, wie groß denn eigentlich die Arbeitslosigkeit sei.

Wie man aber in behördlichen Kreisen über Maßnahmen, die zur Linderung der Not zu treffen sind, denkt, dafür giebt das Verhalten des Dresdener Polizeipräsidenten ein klassisches Beispiel. Hier handelte es sich um Errichtung von Wärmestuben für die Arbeitslosen. Der Herr Polizeipräsident spricht sich dagegen aus, unter anderem mit der Motivierung, daß an dieser Stelle die Arbeiter randalieren könnten. Damit beweist die herrschende Klasse, daß sie nicht fähig ist, die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Mittel zur Abhilfe derselben zu begreifen.

Redner kommt dann auf die einzelnen Forderungen der Resolution zu sprechen und schließt mit den Worten: Wir wissen, daß wir die Not und das Elend nicht von heute auf morgen beseitigen können, unser Ziel: Anbahnung einer Gesellschaftsordnung, wo alle arbeiten, wo alle Brot haben und alle im Wohlstand leben können und werden, verlieren wir nicht aus dem Auge — dafür kämpfen wir weiter, wissend, daß Jahrelanger Kampf und Organisation dazu gehört, um diesen Idealzustand herbeizuführen. Aber wir haben in der Resolution Mittel und Wege angegeben, wie die Not, unter der das arbeitende Volk zu leiden hat, gelindert werden kann. Inzwischen aber werden

wie weiter organisieren zum Kampf für die Befreiung der arbeitenden Masse. (Langenhalten der Beifall.)

Am 1. Sonntag nach der Berliner Gewerkschaftskommission, von einer Diskussion Abstand zu nehmen, und verlas hierauf die Resolution, die einstimmig angenommen wurde.

Die Versammlung im „Adloner Hof“ füllte den geräumigen Saal und die Gallerie bis auf den letzten Platz. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Stadthagen, führte den Anwesenden vor Augen, wie die bürgerliche Gesellschaft bisher noch immer so gut wie untätig dem Rufen und Wüten der wirtschaftlichen Krise zugehört. Der Redner kritisierte dann die Luthätigkeit des Magistrats gegenüber der herrschenden Arbeitslosigkeit und ging in der schärfsten Weise mit der beliebten Verfügung des Eisenbahn-Ministers und der „Kaisersrede“ des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ins Gericht. Diese Ausführungen des Redners wurden von stürmischen Zustimmungskundgebungen der Versammelten wiederholt unterbrochen. Der Referent erläuterte dann des weiteren die Forderungen, die die Arbeiter zur Linderung der größten Not an Gemeinde, Staat und Reich zu stellen haben. Weiter erwähnte derselbe in ersten Worten die Anwesenheit, in dieser hochsensiblen Zeit unverbrüchlich an der Organisation festzuhalten, da der schwerste Kampf, auf politischen sowohl als auch auf gewerkschaftlichem Gebiet, den die Arbeiterchaft Deutschlands jemals zu führen gehabt hat, im nächsten Jahr zu führen sein wird, wo es sich darum handelt, wie den geplanten Anhang auf die Zeichen des deutschen Volkes abzuwehren. Die Resolution der Gewerkschaftskommission fand einstimmige Annahme, ebenso auch die nachstehende Resolution:

Die Arbeitslosen-Versammlung protestiert entschieden gegen die Verhaftung von Militärpersonen bei der Post zur Bewältigung des Weihnachtsebes. Die Versammlung beauftragt die Berliner Gewerkschaftskommission, an zuständiger Stelle die nötigen Schritte zu thun, daß zur Bewältigung der Arbeiten Arbeitslose eingestellt werden.

Bei **Ballkinder** auf dem Gendarmenbrunn hatten sich wohl zu 800 Personen, meist Leute aus der Metallindustrie, eingefunden. Aber auch andre Berufe — Holzarbeiter, einzelne Frauen und Mädchen aus der Konfektion — waren da. Um 11 Uhr begann unser Genosse Glade sein gründlich durchgearbeitetes Referat. In anschaulicher Weise legte er Ursache und Wirkung der heutigen Krise und ihrer Begleiterscheinung, der Arbeitslosigkeit, auseinander.

Die Krise von heute ist ärger als ihre Vorgängerinnen. Und die Maßnahmen der Regierung gegen dieselbe? Die Eisenbahn-Verwaltung kennt nur das Mittel der Arbeiterentlassungen, da etwas weniger eingenommen worden ist. Weder Staatsbehörden noch lokale Magistrat halten es für nötig, sich mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung zu setzen, um gemeinsam zu beraten, was zu thun sei. Sie glauben nur den Unternehmern. Berlins Metallindustrie liefert das Gros der Arbeitslosen, andre Branchen sind entsprechend in Mitleidenschaft gezogen. 80 000 Arbeitslose als Gesamtzahl ist wohl eher zu niedrig, als zu hoch geglaubt allein für Berlin. In den deutschen Mittelstädten und Industriezentren das gleiche Elend. Die Stadt Berlin wartet vor Zugang von außerhalb, weiter einzuzugreifen hat sie bisher nicht für nötig erachtet. Eine Verschleppung der städtischen Arbeiten sei vorzunehmen, Neubauten für Arbeiterwohnungen, Schulen in eigener Regie etc. seien sofort in Angriff zu nehmen. Der Staat könne die industrielle Gefängnisarbeit einschränken oder beseitigen. Kanalarbeiter würden vielen das nötige Brot geben. Natürlich würden solche Maßnahmen das Elend nur mehr oder weniger mildern. Beseitigen kann es einzig und allein die sozialistische Gesellschaft. Mit aller Entschlossenheit und Ausdauer muß jeder Einzelne für die Erreichung dieses unsres Zieles eintreten.

Das Referat wurde von den Anwesenden mit stürmischen Beifall aufgenommen. Eine rege Diskussion knüpfte sich daran, die durchs der Würde der Versammlung entsprach. Die Genossen Kretz, Dannenberger, Mohrke, Küttner, Stange und Schulte folgten in derselben den Überbener des heutigen Elends angefaßt des nahenden Festes der Liebe und des Friedens manche blühende Worte.

Nach einem feierlichen Schlusswort des Vorsitzenden Ritter, das in ein Hoch auf die Klassenbewegte Arbeiterbewegung ausklang, gingen die Versammelten in Ruhe auseinander.

Draußen auf der Straße waren nicht weniger als 6 berittene Schutzleute und zahlreiche Polizeimannschaften zu Fuß postiert, die in der Badstraße förmlich Spalier bildeten. Auch manchen dunklen Uhrmann glauben wir bemerkt zu haben.

In **Konzerthaus Sadowski** hatten sich ebenfalls, trotzdem daß auch in der nächsten Nähe, im Gewerkschaftshaus, eine Versammlung stattgefunden, schon frühzeitig eine große Anzahl Arbeitsloser eingefunden. Das Referat hatte hier der Reichstags-Abgeordnete G. Wurm übernommen, der in ausgedehnter Rede, durch lebhafteste Zustimmungskundgebungen oftmals unterbrochen, die Ursachen der gegenwärtigen Krise mit ihren Begleiterscheinungen sowie die zur Abhilfe des Notstandes erforderlichen Maßnahmen eingehend erörterte. Der Redner führte unter anderem an, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit, in deren Anfangsstadium wir uns erst befinden, nicht etwa durch einen Zufall entstanden, oder durch einige Verträge in den Banken verursacht ist, sondern daß die jetzige Krise lediglich die notwendige Folge der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, für die nun wieder mal die Arbeiterchaft büßen muß. Vom Handelsminister Mosler ist ja gesagt worden, daß die verschollenen letzten Jahre Deutschland 1 1/2 Milliarden eingebracht hätten. Aber die Arbeiter, die alle diese Werte geschaffen, sie haben von den Kapitalisten nichts erübrigt. Sie haben die Werte für die Kapitalisten und nicht für sich geschaffen. Und wenn die Arbeiter wirklich teilweise in der guten Konjunktur durch schwere Kämpfe etwas errungen haben, so ist ihnen sofort wieder durch die Hausagrarier und infolge der Verteuerung der Lebensmittel das Errungene genommen worden. Wenn heute Not und Elend an die Türen der werksfähigen Bevölkerung pochen, so sind daran auch wesentlich die Schurkinnen im Centralverband der Industriellen, die Freunde des Grafen Sadowsh schuld, indem sie es mit den brutalsten Mitteln, durch Mordgeheimnisse, Verunsicherungen und durch ihren Einfluß in der Gesetzgebung verhindert haben, daß sich die Arbeiter auf organisatorischem, gesetzlichem Wege bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen, um für die mageren Jahre etwas zur Lebensnotdurft zurücklegen zu können. Jetzt behauptet man, daß die Arbeitslosigkeit daraus resultiert, daß zu viel Produkte vorhanden sind, die nicht gebraucht werden, dabei giebt es Millionen und abermals Millionen Menschen, die sich nicht genügend nähren und kleiden können, die alle vorhandenen Waren notwendig gebrauchen, aber nicht beschaffen können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Auf der einen Seite Ueberfluß an Waren und deshalb Einschränkung der Produktion, auf der andern Seite der große Mangel an den notwendigsten Waren, das ist die widersprechende, unantastbare Ordnung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft!

In der günstigen Konjunktur haben die Arbeiter nichts erübrigt können, aber um so mehr ihre Gesundheit zu Markte getragen. Die Arbeiter-Schutzvereine sind völlig unzureichend und zur Ueberwachung, daß sie auch ausgeführt werden, viel zu wenig Aufsichtsbereame vorhanden. Trotzdem die Schutzbestimmungen so minimale sind, werden sie von den Unternehmern doch nicht beachtet und dadurch kommt es, daß gerade in Zeiten der Prosperität die Arbeiterchaft mehr Opfer an Leben und Gesundheit bringen muß. Nicht nur weil zu diesen Zeiten die Zahl der Beschäftigten größer ist, sondern auch verhältnismäßig ist die Unfallgefahr größer und infolge der Ueberarbeit, der schrankenlosen Ausbeutung, wird die Gesundheit der Arbeiter rücksichtslos ruiniert.

Der Redner verweist sodann auf die Belastung der Bevölkerung durch die famose Weltpolitik, durch den China-Krieg; er beleuchtet die Ungerechtigkeit des indirekten Steuersystems und kennzeichnet in vortheilhaftester Weise die jetzt beliebte Jollpolitik, durch die nicht nur

das Volk auf das schlimmste bewußert wird, sondern die auch zum großen Teil die große Arbeitslosigkeit verursacht hat. Das Ausland schließt unter diesen Bedingungen keine Verträge mehr mit Deutschland ab, die unbedingt notwendig sind, um Industrie und Handel zu beleben. Allerdings die Agrarier branden keine Verträge, sie würden bei dem jetzt auch vom Bundesrat angenommenen Zolltarif ein gutes Geschäft machen und können sich ihren verrottenen Raubritterheim wieder neu verordnen lassen. Eine weitere Folge der Annahme des Zolltarifs wird die sein, daß die Techniker, Chemiker und Ingenieure und selbst auch das deutsche Kapital nach dem Ausland gehen und von dort aus der deutschen Industrie die schlimmste Konkurrenz machen was natürlich nicht hindert, daß die Regierung angeblich zum Schutze der deutschen Nation, richtiger zum Schutze einiger burrapatriotischen Kapitalisten-Kriegsälteste auf Kosten des deutschen Volkes ansetzt und in allen möglichen Weltteilen herumfahret laßt.

Der Redner verwies weiter darauf, daß die Arbeitslosigkeit, die auch von bedeutenden industriellen Unternehmern auf 25 Proz. geschätzt wird, einen kolossalen Umfang annehmen muß, wenn erst alle alten Aufträge, soweit dieselben nicht mehr zurückgezogen werden konnten, in nächster Zeit erledigt sind. Er kritisierte im Anschluß daran das Verhalten der Behörden, die bisher wenig oder eigentlich gar nichts getan haben, um der Not zu steuern, und erweiterte die Aufgaben, welche Staat und Gemeinden unbedingt erfüllen müßten: Nicht Almosen wollten die Arbeiter, sondern Arbeit, wodurch sie sich endlich ihr Brot verdienen können. Langenhalten der Beifall folgte den Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und die Resolution einstimmig angenommen. So ruhig, wie die Männer der Arbeit gekommen, so ruhig verließen sie wieder den Saal. Draußen war eine zahlreiche Schutzmannschaft postiert.

Die Versammlung in **Kellers Festsaal** war überaus zahlreich besetzt, der große Saal war bis auf den letzten Stehplatz gefüllt, die Zugänge zum Etablissement polizeilich abgeperrt. Anher den vor dem Lokal patronisierenden Schutzleuten waren noch im Hintergrunde 6 Berittene postiert. Die wohl an 2000 Personen umfassende Menge der Arbeitslosen lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit den treffenden Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Jubelt, der die Ursachen und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit darlegte und in ergreifenden Worten auf das unermessliche Elend hinwies, das für Tausende und aber Tausende von Arbeitern die Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Der Vortragende verneinte die Pflichtvergeßlichkeit der städtischen und staatlichen Behörden gegenüber diesen unheilvollen Zuständen auf das Schärfste und zeigte an vielen Beispielen, in welchen Maße der Not durch schleunige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten entgegen gewirkt werden könnte. Der Redner, der oft von lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurde, schloß mit der Mahnung an die Versammelten, sich nicht zu unbedachten Äußerungen oder Handlungen verleiten zu lassen, sondern in ruhiger und verständiger Weise an der gründlichen Befreiung der gegenwärtigen elenden Verhältnisse zu arbeiten. — Der Vortrag wurde mit drausendem Beifall aufgenommen. Die Annahme der Resolution erfolgte gegen eine Stimme. Von einer Diskussion wurde auf Antrag des Bureau's Abstand genommen.

In einer imposanten Demonstration gestaltete sich die Versammlung der Arbeitslosen im **Gewerkschaftshaus**. Kopf an Kopf standen die Besucher im großen Saal und auf den Gallerien, um den Ausführungen des Genossen Richard Fischer zu folgen. In beredten Worten führte er den Anwesenden die Folgen des wirtschaftlichen Niederganges vor Augen und zeigte an der Hand reichen Zahlenmaterials die rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit. Mit beifolgender Ironie schaltete er die Unfähigkeit von Staat und Kommune, diese traurigen sozialen Zustände zu beseitigen. Die bekannte Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten der Deputation der Straßenhändler gegenüber: „Wer in Berlin Arbeit finden wolle, der finde welche“, und „er sei doch nicht dazu da, die soziale Frage zu lösen; er habe nur den Verkehr frei zu halten“, die Ausführungen des Handelsministers Mosler auf einem Liebesmahle, daß auch einmal eine Periode der Not kommen müsse, die „erzwehlich“ wirkt, zeigten so recht, wessen man sich in sozialer Beziehung von diesen Herren zu versehen habe. Minister v. Thielen erzählt seit Jahren kolossale Ueberfälle, trotzdem herrschen skandalöse Missethände in seinem Ressort. Der Ausbruch von Babushofen, der Geleise, der Mehrbedarf an rollendem Material würde Hunderten von Arbeitern Verdienst geben. Ein Lieblingswunsch des Kaisers, der Bau des Kanals, findet keine Verwirklichung in diesem Junkerministerium. Das Wohl des Volkes sollte diese Leute veranlassen, vor dem Parlament hinzutreten, um Geld zur Ausführung von Notstandarbeiten zu verlangen. Die Erbitterung des Volkes muß ja angesichts dieser wahrhaftigen Sparmaßnahmen auf höchste Steigen. Eine weitere Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes und der Löhne erfolge durch die Gefängnisarbeit. Löhne von 30, 40 Pf. bis herauf zu einer ganzen Mark sind ein Drittel des Lohnes eines freien Arbeiters, dem die Arbeit entzogen wird, um dem Unternehmer die Löhne zu füllen. Auch die Stadt Berlin thut nicht das geringste, um dem Elend zu steuern. Die Schulen sind überfüllt, fliegende Klassen an der Tagesordnung. Hier könnte man den vielen Arbeitslosen im Vaugeterbe Arbeitsgelegenheit bieten. Straßenregulierungen, der Bau von Krankenhäusern usw., kurz, eine Umwälzung von sozialen Pflichten, die der Hauptstadt harren, könnten schon vorbildlich gehandelt. Die Bürgerchaft überläßt es in ihrer Zufriedenheit den Arbeitern, Protest gegen diese Politik in Staat und Kommune zu erheben. Wir werden, wir müssen dies auch thun. Seit Jahren bemüht sich die Sozialdemokratie um die Errichtung von Arbeitsämtern, welche die Arbeitsvermittlung herbeiführen, Arbeitsstatistiken für das Reich aufzunehmen und weitere im Interesse der Arbeiter liegende Verhältnisse auszuführen haben, Nixen das geringste Verständnis für diese minimalen Forderungen des Proletariats. Da helfe nur ein Mittel: der Zusammenschluß aller Arbeiter zu einer immer größeren Organisation, welche unsre Gegner schmäht und uns eine härtere Last verleiht. (Lebhafter Bravo!) Die von der Gewerkschaftskommission gestellte Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem begeisterten Hoch auf die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie schloß Genosse Sassenbach die musterhaft verlaufene Versammlung.

In der Versammlung in der **Vollbräuererei** referierte der Genosse Cohen vor weit über 1000 Arbeitslosen, die den großen Saal der Bräuererei vollständig füllten. Das größte Kontingent der Besucher stellten hier die arbeitslosen Buchdrucker und Metallarbeiter. Bis gegen 1/10 Uhr bot das Straßenbild nichts besonderes, bald aber trat eine Veränderung ein. In Trupps von zehn und mehr Personen strömten sie heran, neben den jüngeren Arbeitern auch viele ältere, grauhaarige Proletarier, die wohl viele Jahre schon im Dienste des Unternehmertums sich abgeradert und nun in der Zeit der Krise dem Elend der Straße überantwortet sind.

Das Bureau der Versammlung bildeten der Buchdrucker Massini, Tischler W. a. h., Metallarbeiter Duviaga. Der Referent betonte, daß, als vor Jahresfrist die Arbeiterpresse und die Arbeitervertreter in den staatlichen und städtischen Körperschaften auf die nahende Krise aufmerksam machten, unsere Gegner und einwandten, wir seien nur Unglücksbedenken und damit blühe der Reigen der Heger. Als dann das Vorhandensein der Krise nicht mehr abzusehen war, befanden sich die herrschenden Kreise gerade bei der Arbeit, ihren Anhang auf die Zeichen des arbeitenden Volkes zu beraten. Die Regierung glaubt genug getan zu haben, wenn sie Erhebungen über die Arbeitslosigkeit anstellen läßt. Der „Vorwärts“ schrieb mit Recht: „Die angeordneten Erhebungen sind gänzlich unzureichend... es ist eine genaue Arbeitslosenstatistik notwendig.“

Wir Arbeiter müssen mit Recht misstrauisch sein, wenn wir uns die Art und Weise betrachten, wie die Regierung Erhebungen angestellt hat. Redner erinnert hierbei an das vertrauliche Schreiben des Oberpräsidenten von Sachsen, des Herrn v. Böttcher an die Regierungspräsidenten, Bergbauleute und Industriellen dieser Provinz. Der Regierungspräsident von Erfurt hat den jetzigen Zustand als Normalzustand bezeichnet (Stürmische Beifall), ein normaler Zustand soll es sein, wenn hier in Berlin 50 000 (Zunahme: 80 000) Arbeitslose zu verzeichnen sind. Die Teilnehmer an dieser Zusammenkunft haben ihr Kostendmaß eingenommen, die Arbeitslosen können weiter hungern. (Lebhafter Beifall.) Wir mit unsern schwachen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, sind in dieser Beziehung zu Material gelangt, daß auch der schärfste Kritik standhält. Redner verweilt hier länger bei den in der Sonntag-Kammer des „Vorwärts“ veröffentlichten, von den Gewerkschaften und Krankenvereinen aufgenommenen statistischen Erhebungen und fährt dann fort: Auch der reaktionärste Minister müßte angesichts dessen zugeden, daß die Not und das Elend im kommenden Winter ungeheuer werden wird. Von privater Seite vorgenommene Erhebungen haben ergeben, daß die größte Not unter den Arbeitslosen anzutreffen war, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehört. Das a. B. vom Professor Schanz in Würzburg empfohlene Rezept gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit — waren so lange Arbeit vorhanden ist — unterzog Redner der herben Kritik, bezeichnete dann die bis jetzt von den einzelnen städtischen und staatlichen Behörden angewandten Mittel zur Abhilfe als gänzlich unzureichend und empfahl zum Schluß unter stürmischen Beifall der Versammelten die einstimmige Annahme der mitgetheilten Resolution.

Die zweite Rednerin, Fel. J. m. l. e., wies zunächst die Frage auf: Weshalb kommen die Arbeitslosen zusammen? Jedenfalls nicht nur um zu protestieren. Es ist notwendig, die sozialreformerische Länderei der Regierung mit dem Gähne der Arbeiterausfühlen zu durchdringen. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt absoluten Verwerfens stellen, vielmehr kann ernste, politische That im Laufe der Zeit wirkliche Befreiung bringen. Aber schwerer noch ist die Arbeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. So einfach ist diese Thätigkeit nicht.

Drei Fragen sind es, die den Gewerkschaften, wollen diese die Krisen, ohne Schäden zu leiden, überleben, in Zukunft der Lösung wert erscheinen müssen: 1. Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung; 2. Sicherung tariflich festgelegter Arbeitsbedingungen; 3. Einführung paritätischer Arbeitsnachweise. Wir werden dadurch natürlich nicht mit einem Male diese ganze Gesellschaft umstürzen, wir werden aber dabei auch nicht einfallen, sondern erwachen zu wirklicher Thätigkeit. Wir wollen uns treiben lassen von der Entwidlung, langsam und stetig, aber unablässig vorwärts. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch der Vorsitzende Massini in kernigen Worten die Annahme der Resolution empfohlen hatte, die das Mindeste darstellte, was wir Arbeiter vom Staate zu fordern haben, erfolgte die einstimmige Annahme derselben. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die gewerkschaftliche und politische Organisation ging die Versammlung ruhig und würdevoll auseinander.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. November.

### Der Brotmangel.

Die „Kreuz-Zeitung“ verheißt sich nicht, daß die Zustimmung des Bundesrats zum Zuckerzoll noch nicht den endgültigen Triumph der Agrarier bedeutet; das sei nur eine „erste Etappe“ des handelspolitischen Krieges, sagt sie, „ein sehr schwerer, wenn nicht der schwerste Teil des Kampfes steht noch bevor“. Dieser schwerere Teil des Kampfes wird im Reichstage ausgefochten werden und die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt mit nicht geringem Erschrecken, daß die offene wie die verdeckte Obstruktion sogar in einem Teil der konservativen Presse erschällige Zustimmung findet. Darum richtet denn das führende Blatt der Volkshungerung einen eindringlichen Appell an die Reichstagsmitglieder der Zuckerpartei:

„Je länger es (im Reichstage) dauert, desto schwieriger wird es werden. Zunächst wird man sich über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs einigen müssen. Hierbei werden vermutlich die Gegner die ersten Schwierigkeiten aufwerfen. Schon spotten sie über die „papierene Mehrheit der Agrarier“ und setzen auf ernsthafteste Perwürfnisse der Tarifreue ihre Hoffnung. Auch diese Hoffnung aber wird enttäuscht werden. Wie der Verlauf verschiedener, in den letzten Tagen stattgehabter konservativer Versammlungen bewiesen hat, ist besonders die konservative Partei in dem Bestreben, im Reichstage einen Ausgleich herbeizuführen, eilig. Das gleiche gilt offenbar von der Zentrumspartei. **Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß die Reichstags-Abgeordneten, die das Zustandekommen der Vorlage wollen, gleichen Eifer und das gleiche Ausdauer bezeugen, wie die Parteimitglieder voranstreben.** Die noch obwaltenden Meinungsverschiedenheiten werden, dieser Ueberzeugung ist auch die „Münchener Volkszeitung“, auszugleich sein; allein im letzten Grunde hängt das Schicksal der Vorlage davon ab, **daß deren Freunde pünktlich und regelmäßig bis auf den letzten Mann im Reichstage sind.** ... Wir hoffen, daß die konservativen Abgeordneten sich der großen Verantwortung, da sie nicht nur ihren Wählern, sondern dem ganzen Vaterlande gegenüber frei und willig sich aufstellen haben, völlig bewußt sind und bei dem bevorstehenden wichtigen Sessionsabschnitt denjenigen Eifer und diejenige Ausdauer zeigen werden, welche die unerlässliche Voraussetzung für das Zustandekommen der Zolltarifreform bilden.“

Es muß gelinde Verwunderung erregen, daß die „Kreuz-Zeitung“ solch angstvolles Ernähnen und Antreiben als nötig erachtet. Bei der entsetzlichen Not, unter der die Junker zusammenbrechen müßten, so sollte man glauben, die konservativen Herren sich ungestört zur Stätte der Gesetzgebung drängen, um dort ihre und ihrer Mitleidenden Interessen zu wahren, mindestens wohl ebenso ungestört wie die Sozialdemokraten, die ohne Ermunterung zur Stelle sind, um die Interessen von Arbeitern zu vertreten, denen es so vortrefflich ergeht, daß es unbegreiflich ist, warum sie überhaupt noch Abgeordnete in das Parlament senden. Denn wie entsetzlich schwer die Junkernot ist, das erzählt uns soeben dieselbe „Kreuz-Zeitung“, indem sie zu einer Rede des Herrn v. Löbbeck auf der Zusammenkunft der Brandenburger Konservativen ausführt:

„Abg. v. Löbbeck sagte aber noch mehr — und gerade das verdient hier besonders hervorgehoben zu werden —, indem er die Hoffnung aussprach, daß die Zeit kommen werde, wo der wirtschaftliche Kampf von der Tagesordnung verschwinde, die Landwirtschaft sich eines ausreichenden Schutzes erfreue und die Konservativen so in Stand gesetzt würden, wieder ihre höheren unverfügbaren Ziele zu verfolgen, die im Kampfe für die kirchliche Religion, für Monarchie und Vaterland wurzeln. Das und die weiteren Ausführungen des Redners über den Gegenstand ist uns aus der Seele gesprochen; denn bei dem Ringen der Gegenwart um materielle Güter empfinden wir die Wahrheit des Wortes nur zu tief und schmerzlich, daß der Mensch nicht vom Brot allein zu leben vermag. **Allerdings aber muß er Brot haben, um zu leben, und das giebt dem anscheinend rein ansehnlichen Ringen dieser Tage keine höhere Beiehe.** Soweit sich dieses Ringen nicht auf das Ueberflüssige erstreckt.“

So ist es klar: der Junker ist der Idealist, dem der Kampf um das Materielle ein Absehn gilt, der am liebsten sein ganzes Dasein im Wirken für die Ideale der christlichen Religion, der Monarchie, des Vaterlandes vergehen würde. Aber ach, dem bejammerwürdigsten Idealisten fehlt das tägliche Brot, das seinen ausgehungerten Leib not-

düftig zu erhalten vermag. Und es giebt wahrlich Parteien im deutschen Vaterlande so voll Riedeltracht, daß sie dem Verhungerten nicht den Bissen trocknen Brotes reichen wollen. Die verabschiedeten Wertes Volkswaffen werden den armen Jüngern das tägliche Brot. Doch der Jostariff wird diesen schmählichen Ungerechtigkeiten ein Ende bereiten, er wird ein Ende bereiten der Auswanderung der hungernden Landwirte, und die goldene Zeit wird herbeikommen, wo auch der ärmste aller armen Jünger wenigstens annähernd ein auskömmliches Dasein führen darf und mit halb gestügtem Leibe das Ideal christlicher Bescheidenheit und Nächstenliebe den unbotmäßig Prossenden verleiht, die sich herrscherlich Arbeitende nennen, während sie in launlichen Orgien schwelgen. —

### Die Socialpolitik der französischen Regierung.

Paris, 16. November. (Ela. Ver.) Das Schutzzollgesetz für die Eisenbahnen, über dessen Geschichte ich kürzlich geschrieben, ist nun von der Deputiertenkammer votiert worden, und zwar in der Fassung des alten, Ende 1897 von ihr bereits votierten Entwurfes, der diesmal als Gegenentwurf zu demjenigen der Kommission zur Verhandlung kam. Die Hauptbestimmungen der Reform sind: der Zehntendenzug, ununterbrochene Ruhe von mindestens zehn Stunden zwischen zwei Arbeitsperioden und einige andre Bestimmungen zur wirksamen Sicherstellung des Zehntendenzuges; ferner die Einführung der proportionalen Alterspension, damit die Pensionbeiträge der von den Gesellschaften vor dem pensionberechtigten Alter entlassenen Arbeiter nicht verloren gehen.

Sind aber die Eisenbahner jetzt ihrer Sache sicher? Mit nichten! Was nach dem Kammervotum von 1897 geschah, wird jetzt desto sicherer eintreten, als die gegenwärtige Regierung den traurigen „Mut“ hatte, die Reform in der Kammer zu bekämpfen. Namens der Regierung sprach diesmal nicht der Arbeitsminister Raudin, der die Reform im Senat bekämpft hatte und in dessen Ressort der Gegenstand gehört, sondern der Finanzminister Caillaux. Er malte das Defizit an die Wand, das durch die Reform weiter anschwellen würde. Die Eisenbahngesellschaften behaupten nämlich, daß die Reform für sie eine Mehrausgabe von über 60 Millionen zur Folge haben würde, was dann infolge des vom Staate den Bahnlöhnen garantierten Dividendenminimums eben der Staatskasse zur Last fallen würde. Die Angaben der Bahngesellschaften aber sind für den Finanzminister der Inbegriff der Wahrheit. Der Urheber des votierten Entwurfes, Vertheilung, vertritt demgegenüber, daß die von den Gesellschaften angegebene Mehrausgabe fast das Doppelte ihrer bisherigen bezügl. Ausgaben beträgt. Das allein beweist schon das schwindelhafte ihrer Angaben.

Die Reform wurde diesmal nicht, wie 1897 unter dem Kabinett Meilne, nahezu einstimmig, sondern nur mit 327 gegen 200 Stimmen votiert. Dies war die Folge des „wahrhaften Mutes“, ob dessen der Finanzminister vom melinistischen Blatt „Journal des Débats“ belobt wird. Eine weitere Folge der arbeitserfindlichen Haltung der Regierung wird sein die sichere Ablehnung der Reform durch den Senat.

Die Kammer hat zwar ausdrücklich (mit 314 gegen 31 Stimmen) die Regierung eingeladen, den votierten Gegenentwurf in kürzester Frist vor dem Senat zu verteidigen. Aber die Regierung wird dieser „Einladung“ keine Folge leisten. Sie kann sich ja unmöglich selber Lögen strafen, ihre eigenen Argumente gegen die Reform vor dem Senat widerlegen. Die etwas ungewöhnliche „Einladung“ hätte von der Regierung eigentlich abgelehnt werden sollen, aber sie zog es vor, zu — schweigen. Waldeck-Rousseau hatte sogar vorfristig den Sitzungssaal vor dem heiligen Botum verlassen. Zu derartigen Mitteln greift bereits die alternde Regierung, um ihre in jeder Beziehung unzuverlässig gewordene Existenz zu verlängern! —

## Deutsches Reich.

### Die christlichen Arbeiter und der unchristliche Brotwucher.

Der Wirtwar, den die Zollfrage in die Reihen der Centrumsarbeiter getrieben hat, wird stets verheerender. Während bisher nur in einzelnen Versammlungen der christlichen Gewerkschaften für und wider den Getreidezoll Stellung genommen wurde, wird jetzt ein Flugblatt, welches in der Kronenbergschen Buchdruckerei in Düsseldorf hergestellt ist, herausgegeben, das sehr ruhig gehalten sich doch fastlich scharf gegen die Diktatur des Brotwucher-Centrums wendet.

In diesem Flugblatt wird angeführt:

Alle Bevölkerungsklassen Deutschlands werden durch den Abschluß der Handelsverträge bis ins Innerste aufgeregt. Bereits seit Jahresfrist dauert der Kampf. Er wird noch über Jahre und Tage das gesamte öffentliche Leben beherrschen. In diesem Winter wird der Zolltariff-Entwurf im Reichstag beraten. Im nächsten Winter werden die Handelsverträge dem Reichstag vorgelegt werden, falls es überhaupt der Regierung gelingt, auf Grund des bekannt gewordenen und durchberathenen Tariffs mit dem Ausland zu günstigen Verhandlungen zu gelangen. Vor dieser wichtigen Angelegenheit verschwinden die andern öffentlichen Interessen ziemlich vollständig. Es ist nicht anzunehmen, daß außer diesen Beratungen im laufenden Winter noch irgend eine größere socialpolitische Aktion zur Durchführung gelangt, denn die Tarifberatungen werden fast alle Sitzungen verdrängen.

Da ist es erklärlich, wenn alle möglichen Wirtschaftsgruppen und Vereinigungen in Deutschland zu den Handelsverträgen und Zollfragen Stellung genommen haben. Denn auf 12 Jahre werden die neuen Handelsverträge dem Wirtschaftsleben seinen Charakter verleihen. Sollten die Verträge nicht zu Stande kommen, so wird ein Zollkrieg auf dem Gebiete der Industrie fast ebenso verheerend wirken wie ein Krieg mit den Waffen. Nur wer sich äußert, wer sich Gehör zu verschaffen sucht, wird zu seinen Gunsten die Verträge beeinflussen. Wer die Hände in den Schoß legt, hat die fürchterliche Verantwortung zu tragen, daß, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtern, er selbst daran schuld ist, er selbst als Sänder sich anklagen muß.“

Weiter wendet sich das Flugblatt gegen die Zustimmung der Centrumsführerschaft, daß Handelsverträge und Zollpolitik als politische Fragen nicht in den Gewerkschaften zu erörtern seien. Es widerlegt diesen Einwand und sagt klar und treffend:

Die politischen Parteien haben aus Partei-Interesse zu ihr Stellung genommen, weil sie z. B. eine Stärkung des Wohlstandes durch hohe Agrarzölle für notwendig oder verderblich halten. Doch diese Fragen haben noch eine viel wichtigere wirtschaftliche Seite, deshalb haben fast alle wirtschaftlichen Interessenten-Vereinigungen, welche Mitglieder verschiedener politischer Parteien umschließen, ihre Stimme erschallen lassen, wie die Spinner und die Weber, die Eisenmänner und die Papierleute, die Chemiker und die Möbelfabrikanten und wie sie alle heißen mögen. Die Handelskammern sollen sich vollständig von politischer Agitation fernhalten und doch hat jede über den Zolltariff beraten. Selbst die Stadtvertretungen, welche Konsumenten und Produzenten in gleicher Weise umschließen und vielfach genau entgegengelegte Interessen vereinigen, haben in den allermeisten Fällen ihr Votum abgegeben.

Die christlichen Gewerkschaften haben an Zolltariff das allergrößte Interesse. Die öffentlichen Angelegenheiten werden zur Zeit vollständig beherrscht von den Fragen über Handelspolitik, Freihandel oder Schutzzoll, Ausfuhr und Einfuhr, Abhängigkeit der deutschen Industrie vom Auslande und umgekehrt, Industrieschloß und Agrarstaat. Darüber muß ein aufgeklärter christlicher Arbeiter genau unterrichtet sein. Der christliche Arbeiter hat ein Interesse

darin, zu wissen, ob für seine Industrie ein Schutzzoll notwendig ist oder ob sie ohne Schutzzoll gedeihen kann. Er muß erfahren, ob die Schutzzölle die Ringbildung einer Industrie begünstigen und ob somit etwa durch die Schutzzölle die Gefahr festgeschlossener Ringe und Kartelle gegen die Organisationsfreiheit der Arbeiter entsteht. Der christliche Arbeiter muß hören, was das Ausland hat, wenn wir ihm durch Schutzzölle die Einfuhr erschweren, wenn z. B. Rußland kein billiges Holz oder Getreide mehr bei uns einführen kann, daß dessen Gegenmaßregeln sicher unsere Industrie schädigen. Vor allem aber ist der christliche Arbeiter Konsument. Hohe Agrarzölle verteuern die Lebensmittel. Allein die Getreidezölle des Tarifentwurfes verteuern den Arbeiterlohn um sechs Gliedern um mehr als 20 M., die von den Agrariern geforderten um fast 50 M. jährlich. Die sonst geforderten Zölle auf Vieh, Fleisch, Vutter, Eier, Käse, Gemüse, Obst werden den Haushalt zahlreicher Arbeiterfamilien gar um 60—100 M. belasten. Der christliche Arbeiter muß ferner wissen, daß eine Verteuerung der Lebensmittel nicht weit gemacht werden kann durch höhere Löhne. Diese lassen sich auch durch die stärksten Organisationen nur im wirtschaftlichen Aufschwung erreichen. Bei der jetzigen Krise sind nicht einmal die bisherigen Löhne aufrecht erhalten worden, und eine unangünstige Handelspolitik würde die Krise natürlich noch verlängern und vertiefen.“

Dieses Flugblatt ist in Tausenden von Exemplaren an die Filialvorstände der christlichen Gewerkschaften gefandt worden, und so werden diejenigen christlichen Arbeiter, welche der ganzen Frage bis jetzt ziemlich teilnahmslos gegenübergestanden haben, aufmerksam gemacht.

Die Erregung ist jetzt so groß, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands dieser Tage zusammentritt, um eine für sämtliche geschlossenen Verbände maßgebende Stellung zu präzisieren.

Daß auf dieser Tagung die Centrumsleute obliegen und die wichtigste Arbeiterfrage für eine Frage, die christliche Arbeiter nichts angeht, erklärt werden wird, ist sicher. Aber innerhalb der einzelnen Verbände gärt es fort und die Geister werden sich nicht auf die Dauer in den Fesseln der Centrumsbeherrschung festhalten lassen. —

### Der Zweikampf in Justerburg

Ist am Montag vor dem Kriegsgesicht in Justerburg verhandelt worden. Lieutenant Hildebrandt wurde zu zwei Jahren, Oberleutnant Groddeck als Kartellsträger zu 5 Tagen Festung verurteilt. Den Antrag des Verteidigers, ein Gnadengesuch an den Kaiser zu richten, lehnte das Gericht ab.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erkannte das Gericht auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Doch durften die Vertreter der Presse im Saale bleiben, wobei ihnen zur Pflicht gemacht wurde, über die Art der Thätlichkeiten und Verleumdungen zu schweigen.

Der Angeklagte, Lieutenant Hildebrandt, erklärte bei seiner Vernehmung nach dem Bericht eines Lokalblattes:

Er habe, mit fünf Kameraden aus der Artilleriefasene Kommande, früh 4 Uhr in einer Thärschneidung Hodeid und schnarchend einen Offizier getroffen, den wir anfänglich für einen eingeschlossenen Nachzügler hielten“. Wir machten Biße, erkannten aber Blaslowitz und beschloßen, ihn nach Hause zu bringen. Ansmussen gab die Junggelehrtenwohnung des Blaslowitz an; dieser war anfänglich äußerst schwer zu behandeln. Er war mehr schlaftrunken als betrunken, ermunterte sich bald, konnte in der Nacht der Post schon wieder allein gehen, suchte sich hier seiner Begleitung zu entziehen, wurde aber zurückgeholt und nach der Albrechtstr. 5 gebracht, und zwar von Oberleutnant Hildebrandt, Spießführer und Lieutenant Rahmussen. Dort kam es zu Thätlichkeiten im Hausflur, jedenfalls sei Blaslowitz nicht unzurechnungsfähig gewesen. Hildebrandt habe auf die Thätlichkeiten nicht reagiert. Sie verließen das Haus, nachdem Lieutenant Spießführer vergeblich zu ermitteln gesucht, ob dort ein anderer Infanterist wohne. Sie beobachteten die Handhabe von der gegenüberliegenden Straßenseite, bis Lieutenant Schmidt vom Infanterie-Regiment 147 zufällig hinzulam. Diesen laubten sie zu Blaslowitz, nachdem sie ihre Rüstbarkeit durch Schmidt hatten feststellen lassen. Die Artillerie-Lieutenants gingen sodann in Hildebrandts Wohnung, dort schrieben sie die Vorgänge nieder und gaben das Protokoll an den Ehrenrat weiter. Dieser erklärte, er könne einen Ausgleich nicht vorschlagen. Tags darauf erging die Mitteilung an den Ehrenrat von der beabsichtigten Forderung. Die ursprüngliche Forderung lautete bis zur Kampfunfähigkeit, wurde aber durch die Verhandlungen gemildert, erst auf dreimaligen, dann einmaligen Angelwechsel. Ich wollte, erklärte Oberleutnant Hildebrandt, Blaslowitz nur kampfunfähig machen, nicht töten. Habe mich ebenso wie Rahmussen auf dem Kampfplatz mit dem Gegner verfehlt.

Diese Darstellung ändert nicht im geringsten die Verantwortlichkeit des ganzen Vorgangs und die schwerste Mißthat des sogenannten Ehrenrats. Indem dieser erklärte, einen Ausgleich nicht vorschlagen zu können, wurde er zum Mithäter der Ungefehrlichkeit. —

**Die Anti-Chamberlain-Bewegung.** Die Regierung hat keine Freude an dem anti-englischen Gelärm der Studenten und Kriegervereiner. Anscheinend kommt ihre Auffassung zu der Gelegenheit in einer Bemerkung der „Post“ zum Ausdruck; diese sagt:

Es liegt auf der Hand, daß die Reichsregierung keine Veranlassung hat, im Anschluß an die Kulassungen unverantwortlicher Volksversammlungen über die bekannte Chamberlainische Anklage, zu dieser Stellung zu nehmen, um so weniger, als es sich um eine private Meinungsäußerung des englischen Staatsmannes handelt. Sollte dagegen im Reichstage ein Vertreter des deutschen Volkes den Fall ansprechen, so würde die Sache eine ganz andre Gestalt gewinnen; dann dürfte auch die Regierung Gelegenheit finden, in entsprechender Weise sich über den Vorfall zu äußern.“

**„Konubinarier“ keine Beleidigung.** Man erinnert sich noch des standeslosen Düsseldorfers Bouffalles, wo ein Arbeiter, der seine im dortigen Krankenhaus St. Josephs totkrank danieliebliegende Frau besuchen wollte, auf die Anordnung des Kaplans Schwippert nicht zu seiner Frau gelassen wurde, weil er mit seiner Frau, der er standesamtlich aber nicht kirchlich angetraut war, nur im Konkubinats lebte. Die Frau starb, ohne ihren Mann noch einmal gesehen zu haben!

Dieser empörende Vorfall war seiner Zeit im „Düsseldorfer Volksblatt“ mitgeteilt worden, worauf sich der natürlich nicht gerade schmeichelhaft erwähnte Kaplan Schwippert veranlaßt sah, dem Blatte eine Erklärung zuzuschicken, worin er auf Grund kirchlicher Vorschriften sein Verhalten „Konubinariern“ gegenüber zu rechtfertigen versuchte.

Der schwer getroffene und beleidigte Galte strengte — nachdem die Düsseldorf'sche Staatsanwaltschaft es abgelehnt hatte, Anklage gegen den menschenfeindlichen Kaplan zu erheben, — eine Privatbeleidigungsklage gegen den intoleranten Fanatiker an. Diese Klage ist nunmehr in der Motivierung abgewiesen worden, daß der Kaplan den Ausdruck Konubinarier nur im kirchlichen Sinne gebraucht habe, ohne die bürgerliche Ehe des Klägers beleidigend herabzusetzen zu wollen!

Der Herr Kaplan kann also auch fürderhin Eheleute als Konubinarier bezeichnen und den Verkehr zwischen Ehegatten inhibieren, selbst wenn die mit dem Tode ringende Frau nach ihrem Namen verlangt. Das letztere, die Tolerierung eines Konkubinats, in dem Sterbende feilisch derart mißhandelt werden dürfen, ist entschieden noch empörender, als die Straflosigkeit der kirchlichen „Titulaturen, denen Kranke und deren Angehörige ausgesetzt sind. —

### Zu den Kommunalwahlen in Barmen wird uns geschrieben:

Wie schon kurz berichtet, hat unsre Partei bei der Stadtratswahl einen großen Erfolg errungen. Man ermahnt erst die Bedeutung unsres Erfolges, wenn man die großen Schwierigkeiten bedenkt. Das Wahlrecht ist sehr beschränkt, weil es von einem Census abhängig ist. Ein steuerpflichtiges Einkommen von über 900 M. und damit Zahlung der Staats-Einkommensteuer ist die Grundbedingung. Da nun aber Arbeiter, die mehr als vier Kinder haben, von dieser Steuer entbunden sind, so scheiden diese von vornherein aus. Hierzu kommt dann noch die strenge Auslegung des Begriffs „selbständiger Haushalt“. Alle unverheirateten Leute, die sonst alle Bedingungen des Wahlrechts erfüllen, sind ausgeschlossen, wenn sie nicht selbständig über eine eigene Wohnung verfügen. Koff- und Logisgänger zählen zu den unselbständigen Personen. Daher kommt es, daß in der dritten Wählerabteilung bei einer Einwohnerzahl von ca. 140 000 nur 16 000 wahlberechtigt zur Stadtratswahl sind und die Arbeiter von vornherein die Minderheit bilden.

Aber trotz dieser unangünstigen Situation haben unsre Genossen vor acht Jahren den Kampf bei der Stadtratswahl aufgenommen. Damals erzielten wir 231 Stimmen; zwei Jahre darauf 265 Stimmen und bei der nächsten Wahl schon 1300. Zum erstenmal gelangten zwei unsrer Kandidaten in die Stichwahl, in der sie mit 1800 Stimmen unterlagen. Bei der nächsten Wahl stiegen unsre Stimmen auf 2080 und alle 5 Kandidaten kamen mit dem freisinnig-ultramontanen Kartell zur Stichwahl, in der wir aber mit 2500 Stimmen wieder unterlagen.

Diesmal erzielten wir 3235 Stimmen, und stehen somit weit aus an der Spitze aller Parteien. Die uns zunächst stehenden Konserverativen, die den Wahlkampf zu einem Religionskampf gemacht, indem sie das „Evangelische“ als Parole ausgaben, blieben um 800 Stimmen hinter unsren Kandidaten zurück. Der Freisinn, der bisher im Umde mit dem Centrum die 3. Abteilung beherrschte, wurde vollständig aufgegeben, er erreichte noch nicht die Hälfte unsrer Stimmenzahl.

So ist begründete Aussicht vorhanden, daß dieses Mal in der Stichwahl, bei der wir selbstverständlich auf uns allein angewiesen sind, unsre Kandidaten siegen werden und damit die Geburtsstadt von Friedrich Engels die erste rheinische Großstadt sein wird, in der die Socialdemokraten ihren Einzug in das Stadtparlament halten.

### Der Kotan der Bremer Kriegervereine.

Als seiner Zeit der General z. D. von Spitz, der Oberste der deutschen Kriegervereine, in seiner Düsseldorf'schen Rede das famose Bremer Laßden „Attentat“ zur plumpen Schornmacherei verwertete, haben sich, ganz gegen sonstige Kriegervereinliche Subordination, die Kriegervereine Bremens in entzweitem Lokalpatriotismus veranlaßt, in einer Resolution gegen den Schornmacherversuch des Herrn von Spitz zu protestieren. Diese grobe Unbotmäßigkeit erregte, obwohl nur unterthanentremem Lokalpatriotismus und keineswegs unfeindlicher Tendenz entspringen, die lebhafteste Mißbilligung nicht nur des Herrn von Spitz, sondern auch der übrigen Kriegervereine, deren Lokalpatriotismus ja durch Spitzens Rede nicht gekränkt worden war. Als die Bremer Kriegervereine sich solchermäßen isoliert sahen, wurde ihnen, oder wenigstens ihnen in erster Linie verantwortlichen Vorständen, schwülz zu Mute und sie trachteten danach, ihre Disciplinwidrigkeit wieder vergessen zu machen.

Von Berlin aus wurde ihnen denn auch hierzu eine Weisung gebaut in Gestalt einer Abbitte, die sie Herrn v. Spitz leisten sollten. Diese Abbitte muß aber den Vorständen nicht gefallen haben, denn sie wurde nicht acceptiert. Kotan mußte nun aber doch einmal gemacht werden, deshalb fabrizierten die Vorstände eigenhändig ein Sühneschreiben, das sie, mit einer ausführlichen Begründung versehen, an Herrn Spitz abhandten. In der Eile hatten es die nach Entfaltung brennenden Herren Vorstandsmitglieder jedoch, wie die „Parole“, das offizielle Blatt der Kriegervereine, mittelt, ganz vergessen, den Mitgliedern den Wortlaut des Sühneschreibens mitzutheilen, so daß den Herren nunmehr von diesen aus Daß gestiegen werden soll. Na, vielleicht wird sich der Konflikt noch dadurch beilegen lassen, daß die Herren Vorstandsmitglieder nach berühmtem Muster um Indemnität nachsuchen. —

**Englische Klagen gegen die ostasiatische Besatzungsbrigade.** Die „Times“ bringen in einem Telegramm aus Shanghai schwere Anschuldigungen gegen die deutschen Soldaten in China. Danach habe dort in letzter Zeit das ordnungswidrige Verhalten von deutschen Soldaten erhebliche Störungen erregt. Fälle von Angriffen auf die Polizei und auf andre seien häufig und ernst geworden. Die Offiziere üben ihr möglichstes, Ordnung zu wahren, doch die Soldaten zeigten Mangel an Disciplin.

Die deutsche Regierung wird nicht umhin können, gründliche Nachforschungen über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Anlagen anzustellen.

**Ein Soldatenerzieher.** Eine abscheuliche Soldatenmißhandlung beschaffte (das Kriegsgericht in Dresden. Angeklagt war der Unteroffizier der Reserve Göpfert, zuletzt bei der 1. Batterie des 48. Feldartillerie-Regiments eingestellt. Er ist beschuldigt, in der Zeit von Weihnachten 1900 bis September 1901 den in seinem Veritt befindlichen Kanonier Geisler II fast täglich mißhandelt zu haben. Abgesehen von vielfachen Schlägen und Prüffeln verletzete er ihn in mindestens zehn Fällen Schläge mit der Säbelscheide gegen die Arie und mit einer Kohlenstange und dem gerolten Mantel über den Kopf. Zu einem andren Male drückte er den Geisler mit dem Kopf zu Boden, ranfte ihn an den Haaren und schlug ihn mit der Reitpeitsche über das Gesicht. Noch schlimmer spielte er dem Geisler am Morgen des 15. September mit, als dieser gegen vier Uhr nachts ohne Nachzeichen einpaffierte. Der Unteroffizier suchte ihn im zweiten Stode auf, schlug ihn mit der Reitpeitsche über das Gesicht und Beine und jagte ihn unter fortgezogenen Schlägen die Treppe hinunter über den Hof. Ähnliche Szenen spielten sich häufig ab und die Offiziere regneten nur so.

Der Gerichtshof erkannte gegen Göpfert wegen Mißhandlung eines Untergebenen lediglich auf eine Strafe von drei Monaten Gefängnis.

### Ein Urteil.

Uns liegt die Ausfertigung eines Urteils der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. O. vor (vom 23. September 1901); darin heißt es:

Der Angeklagte ist also schuldig... den Kaiser, seinen Landesherren, beleidigt zu haben; Vergehen, strafbar nach § 95 des Strafgesetzbuchs. Denn es enthält die bewachte Herabsetzung der Ehre des Kaisers, wenn es der Angeklagte als ein Verächselnden darstellte, daß der Kaiser die Sendung von Truppen nach China befohlen hatte.“

Eine seltsame Mischung von Logik und Empfinden. Man könnte zunächst denken, es mache nichts aus, daß der Angeklagte (und Verurteilte) von einem Verächselnden gesprochen habe; hat er doch nichts objektiv Unwahres gesagt. Das Gericht unterstellt selbst als wahr, daß der Kaiser die Truppenentsendungen nach China befohlen hat. Das ist richtig und er hat damit durchaus im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt. Man kann sich ja auch vorstellen, daß jemand von einem „Verächselnden“ des Kaisers sprechen kann bei einer — ebenfalls zulässigen — Handlung, durch die einem Menschen Ehre gekraht wird; z. B. eine Beugung von schwererer zu leichterer Strafe. Ja, es ist nicht undenkbar, daß es jemand als ein Verächselnden des Kaisers darstellt, daß er den von einer Kirche veranlaßt hat.

Würden auch dies die Richter als eine Herabsetzung der Ehre des Kaisers bezeichnen?

Man kann allerdings weiter sagen, der Angeklagte hat damit den Gehinag als eine tabulswerte Handlung kennzeichnen wollen. Es giebt aber auch fanatische Leute, die das Kirchenbannen als tabulswert betrachten. Die Richter in Frankfurt gehören gewiß nicht dazu und wie sind überzeugt, daß sie keine Herabsetzung des

Kaisers darin erblicken, wenn ihn jemand des Kirchenbauens „beschildigt“.

Es muß also wohl daran liegen, daß die Richter selbst von der Vobeswändigkeit des Chinafeldzuges nicht überzeugt waren.

Das muß den Beurteilenden einermessen trösten, wenn es auch sicher ein schwacher Trost ist, daß von einer Auffassung der Dinge auch zu der Auffassung der ihn beurteilenden Richter eine Brücke führt.

**Ein neuer besetzter Platz am Oberrhein?** Aus Baden schreibt man uns: Auf neue Ausgaben für militärische Zwecke in ganz bedeutendem Umfang konnte man sich gefast machen, wenn sich eine Nachricht befähigen sollte, mit der dieser Tage die national-liberale „Badische Landeszeitung“ die Öffentlichkeit überlieferte. Das Blatt läßt sich nämlich aus Freiburg im Breisgau schreiben:

„Während des letzten Krieges mit Frankreich hat sich bekanntlich am Oberrhein das Fehlen eines festen Platzes recht fühlbar gemacht, und soll diesem Mangel Abhilfe geschaffen werden. Es sind von militärischer Seite in verschiedenen Orten des badischen Oberlandes Feststellungen darüber gemacht worden, welcher Platz sich hierzu am besten eigne. Nun soll Müllheim hierzu wohl mit Rücksicht auf seine günstige militärische Lage und Eisenbahn-Verbindung mit dem Reichlande als besonders geeignet befunden worden sein. Bestimmt sich dies, so wird Müllheim, welches so wie so in nächster Zeit eine Garnison erhält, ganz erhebliche fortifikatorische Anlagen und ganz namhaften Truppenzuwachs erhalten.“

Die Nachricht gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die Befestigungswerke von Kastrat im Laufe der letzten Jahre völlig gefestigt worden sind und auch die wenigstens teilweise Niederlegung des erst vor kurzen Jahrzehnten mit so außerordentlich hohem Geldaufwand errichteten Bollwerks der Festung Straßburg nur noch eine Frage der allerersten Zeit ist. Das reizend gelegene Städtchen Müllheim, auf das jetzt der Kriegsmoloch seine plumpe Last legen will, ist der Hauptort des weingebirgigen Markgräflerlandes. Sollte sich die Nachricht der „Bad. Ldzg.“ bewahrheiten, so würde dem weingebirgigen Wacchensidyl dort allerdings bald ein jähes Ende bereitet werden.

**Die Eisenbahnfrage und die Socialdemokratie.** Die sächsischen Parteigenossen und Vertreter der Landtage haben kürzlich, wie wir mitgeteilt haben, in gemeinsamer Beratung die Eisenbahnfrage beraten und in einer Resolution die in den Landtagen zu befolgenden Grundsätze niedergelegt.

Die aktuelle Frage ist die drohende Gefahr der preussischen Eisenbahngemeinschaft, d. h. der Verpreussung der sächsischen Eisenbahnen. Und gegenüber dieser Gefahr hat man sich dem Gedanken einer sächsischen Eisenbahngemeinschaft zugewendet, die eine Gegenwehr gegen Preußen darstellen soll.

In einigen Parteilichtern wird diese Resolution als ein Verstoß gegen den Mainzer Beschluß über die Verkehrsfrage aufgefaßt, der sich allerdings auch gegen die Verpreussung der Eisenbahnen ausspricht, aber die Centralisation durch das Reich fordert.

Wir glauben, daß man zu Unrecht gegen unsere sächsischen Genossen den Vorwurf der Verletzung des Mainzer Beschlusses erhebt, der unter allen Umständen für das praktische Verhalten der Gesamtpartei bindend sein muß. Auch unsere sächsischen Parteigenossen stellen an die Spitze ihrer Resolution die Forderung der Lebensnahrung des Eisenbahnwesens durch das Reich; denn sie besagt wörtlich: „Die einheitliche Gestaltung des Eisenbahnwesens innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes wird durch die Entwicklung des Verkehrs bedingt und muß das zu erstrebende Ziel bilden.“

Die sächsische Eisenbahngemeinschaft bildet und soll nur bilden eine Etappe auf dem Wege zur einheitlichen Reichs-Eisenbahn und zugleich das sehr notwendige Abwehrmittel gegen eine Ausdehnung der preussischen Vorkerkerschaft. Insofern widersprechen die sächsischen Beschlüsse nicht der Mainzer Resolution.

Allerdings finden sich einige Wendungen in dem Beschlusse, die als eine gewisse partikuläristische Liebhaberei mißverstanden werden können, aus denen man schließen könnte, daß die sächsischen Parteigenossen die „Verreichlichung“ nicht nur für gegenwärtig aus-sichtslos halten — was allgemein zugestanden werden wird; denn Preußen wird die Grundlage seiner Finanzen nicht dem Reich überlassen — sondern auch zur Zeit für nicht einmal wünschenswert. Indessen zeigt eine ausführliche Darlegung der „Schwäbischen Tagwacht“, daß man durchaus das Ziel nicht aufgeben will, sondern die sächsische Eisenbahngemeinschaft in der That nur als eine Uebergangsfaktion der praktisch-notwendigen Politik gelten läßt.

Leider wird diese unsres Erachtens richtige und logische Auffassung des Beschlusses erwidert und kompromittiert durch merkwürdige sächsisch-partikuläristische Lobreden des Karlsruher „Volkstreu“ auf die wunderbaren Vorzüge des sächsischen Bahnwesens. Es wäre anzuerkennen, daß man es unterläßt, durch derartige „Redungen“ den an sich höchsten in Weisheitsgraden ansehbaren Beschlusse der sächsischen Parteigenossen nun in der That zu einem Verstoß gegen die bindende Mainzer Resolution umzuwenden.

Im übrigen ist außer Zweifel, daß unsere sächsischen Genossen im Reichstag für die Propaganda und für die Verwirklichung der in der Mainzer Resolution erhobenen Forderungen unerschütterlich und mit gleichem Eifer wie die übrige Fraktion zu wirken gewillt sind.

## Ausland.

### Zum Generalstreik der französischen Bergleute.

Die Kommission für Arbeitergesetzgebung hat ihre Arbeiten nahezu beendet, und ihr Bericht wird in diesen Tagen der Kammer zugehen. Die Unternehmer, die in langer Besorgnis saßen, daß ihre fadenfadenartigen Gründe gegen den Achtstundentag ihren Eindring auf die Kommission verfehlten, machten einen letzten Versuch, die Entscheidung hinauszuziehen. Der Unternehmerverband der Metall- und Bergbau-Industrie hatte sich an die Kommission gewandt, um nochmalige Vernehmungen, Untersuchungen usw. zu erreichen. Die Kommission hat indes dies Verlangen abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Untersuchungen gründliche gewesen seien und daß weitere Vernehmungen nur eine unnütze Verschleppung zur Folge haben würden. Es wird angenommen, daß der Gegenwärtiger der Kommission die Einführung des Achtstundentags im Bergbau für den 1. Juli 1902 vorsieht.

Der **Deputierte Wadly** gab am Sonntag die von den Vertretern der ausländischen Bergarbeiter in einer Konferenz in Dover gefassten Beschlüsse bekannt. Die belgischen Vertreter erklärten, daß sich das Komitee des belgischen Bergarbeiter-Verbandes nicht an der Bewegung der französischen Bergarbeiter beteiligen wolle. Die deutschen und österreichischen Vertreter wiesen darauf hin, daß ein allgemeiner Ausstand sowohl für die deutschen und österreichischen, wie für die französischen Bergarbeiter ein großes Unglück sein würde. Die englischen Vertreter sprachen sich dahin aus, daß sie nicht glaubten, die Förderung in genügender Weise einschränken zu können, um die Einfuhr von Kohlen nach Frankreich zu verhindern.

Die **Bergarbeiter in Carmaux** hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in welcher ihr Verbandsdelegierter ihnen riet, nicht in den Ausstand zu treten, während die Arbeitskommission der Deputiertenkammer sich mit ihren Interessen beschäftige. Die Bergarbeiter beschloßen darauf, den allgemeinen Ausstand zu vertagen, ihn aber in nächster Zukunft zu beginnen, falls ihre Forderungen nicht befriedigt würden.

Aus **Valenciennois** wird gemeldet: Im hiesigen Kohlenrevier herrscht Ruhe, doch gewinnt der Ausstand an Ausdehnung; die Zahl der Ausständigen beläuft sich jetzt auf 2000.

Die **provokierenden Mobilisierungen** im Kohlengebiet dauern fort. Der „Boll. Ita.“ wird geschrieben: In den Kohlenrevieren beginnt das Was de Calais und Nord-Departements sind die Truppen mobil gemacht. Die Engländer bieten das Bild der großen Feldzüge.

## Oestreich-Ungarn.

**Zur Parlamentsreise.** Die offiziellen Blätter, insbesondere das „Freundenblatt“, bestätigen, daß eine schwere Parlamentskrise besteht. Sie drücken jedoch die Erwartung aus, daß in der in den nächsten Tagen stattfindenden Ausgleichskonferenz zwischen den Vertretern der deutschen und czechischen Parteien eine Verständigung erzielt werden wird. Die Regierung werde alles thun, damit die Gegensätze applaniert werden.

## Frankreich.

### Vaillandet endgültig des Amtes enthoben.

Genosse Vaillandet, der suspendierte Bürgermeister von Bourges, ist, wie uns unser Pariser Korrespondent im Gegensatz zu der vorgelegten irrigen Meldung, die von der angeblichen Rehabilitierung Vaillandets sprach, mitteilt, vom Ministerium endgültig vom Amte enthoben. Es sei erinnert, daß die Ursache der Maßregelung eine Versammlungs-Ansprache ist, worin die Rekruten aufgefodert wurden, nicht auf streikende Arbeiter zu schießen. Mit der Amtsenthebung unseres Genossen erfüllt die Regierung einen heißen Wunsch der kapitalistischen und nationalistisch-chauvinistischen Parteien, die über die Erfolge der antimilitaristischen Propaganda im Namen des Geldsacks, der Armees und des Patriotismus zittern.

Genosse Vaillandet wird die Regierung über ihre neueste Ordnungsmäßigkeit interpellieren.

**Umschlagreisen des Anti-Ministerialismus.** Symptomatisch für die Stimmung unter den französischen Sozialisten ist der Eintritt der Föderation des Loi-Departements an die antiministerielle Partei. In früheren Jahren gehörte die Föderation zu den Blanquisten. Nach dem bekannten quodlibet-blanquistischen Manifest (Juli 1899) gegen Millerands Eintritt ins Ministerium trat die Föderation aus der blanquistischen Organisation aus, um sich auf Seiten der Jaureddischen Richtung zu schlagen. Nach dem Loner Kongreß (Mai 1901) mit seinem verheerenden Beschluß über Millerand brach die Föderation mit der gemäßigten „französischen sozialistischen Partei“, ohne aber dem andern Lager beizutreten. Jetzt hat die weitere Tätigkeit des Ministeriums Waldeck-Rüssiers die Föderation ins Lager der nunmehr ebenfalls gemäßigten „sozialistischen Partei Frankreichs“ (revolutionär-sozialistischen Einigkeit) getrieben. — Kein Zweifel, das Fortbestehen des Ministeriums kann nur die Reihen dieser Partei stärken, wie denn die Geschichte der Vor-Föderation für gar manche sozialistische Gruppe in Frankreich vorbildlich ist.

## England.

**Nach Butler Lord Roberts.** Zwischen dem Kriegsminister Brodrick und dem Marschall Roberts sind, wie verlautet, Differenzen ausgebrochen. Die Regierung soll mit Roberts bedwegen unzufrieden sein, weil er im ganzen Lande Festgelagen präsidiert, Schießmedaillen verteilt usw., anstatt auf seinem Posten zu sein. Wie es heißt, werde Roberts im April nächsten Jahres seinen Abschied nehmen.

## Rußland.

Der **Kriegsminister General Kuropatkin** ist von seiner Reise nach Transkaspien, Turkestan und Herghana zurückgekehrt.

## Amerika.

Der **Nicaragua-Kanalvertrag** wird nach einer New-Yorker Meldung nächster Tage unterzeichnet werden; indessen werden die Befürworter des Panamaprojekts im Kongreß zweifellos energisch die Nicaragua-Route bekämpfen. Man vermutet indes, daß die Pacificbahnen veräußert werden, die Panamalinie gegen die Nicaragua-Route auszuspielen.

## Der Boeren-Krieg.

### Die englische Schluppe bei Brakspruit

steht sich als weit erheblicher heraus, als die in unserer Sonntags-Kammer gebrachte erste Meldung erkennen ließ. Dort war von 9 Toten, 16 Verwundeten und mehreren Gefangenen die Rede. Wie jetzt amtlich gemeldet wird, betrug die Zahl der Gefangenen nicht weniger als 64, während die Zahl der Toten auf 9, der Verwundeten — jedenfalls viel zu niedrig — auf 10 angegeben wird. Die Gefangenen wurden nach ihrer Entwaesung wieder freigelassen, bis auf einen Pionier, den man jedenfalls als Geißel gegen weitere Standrechtler behalten wird, wie man ja in der letzten Zeit öfter die Offiziere in der Gefangenschaft behält.

### Eine weitere Schluppe

wird einfallen in der folgenden schönfärbischen Form gemeldet: **Standorten, 14. November.** Boerentruppen umzingelten am 12. d. M. im Süden des Kapflusses eine Abteilung Engländer, welche einen Toten und sieben Verwundete verloren; außerdem wurden vier gefangen genommen. Die Boeren erlitten (7), daß sich ihr Verlust auf 3 Tote und 17 Verwundete belaufe.

Den Boerenverlust wird man wohl zu dividieren, den der Engländer zu multiplizieren haben.

## Bewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Lagerierer.** Laut Beschluß der Verbandsleitung und der Vertrauensmänner-Sitzung soll eine Enquete über unsre augenblickliche Lage, besonders bezüglich der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden. Wir erwarten nunmehr von unsren Kollegen, daß sie die ihnen zugehenden Karten unverzüglich ausfüllen und an die Verbandsleitung senden, damit das Material bis zu dem am Freitag, den 29. d. M. stattfindenden öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshause durchgearbeitet werden kann. Da uns von einer Reihe Kollegen die Briefe fehlen, fordern wir alle diejenigen, die keine Karte erhalten, auf, sich solche unverzüglich vom Bureau, Engel-Platz 15, zu holen. Jeder Kollege hat seinen Nebenkollegen auf obiges aufmerksam zu machen.

### Die Verbandsleitung.

**Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!** In der Holzbearbeitungsfabrik von Zerabel, Griebenowstr. 2, haben sämtliche Maschinenarbeiter letzten Lohnabzugs von wöchentlich 2.50 M. bis 6.45 M. die Arbeit niedergelegt. Um strenge Gehaltung des Zuguges ersucht

Der Vorstand des Verbandes  
der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter.

### Deutschland Reich.

**Eine Mitgliederabstimmung im Porzellanarbeiter-Verband** über die Erhöhung der Verbandsbeiträge um 5 Pf. hat eine die Beitragserhöhung ablehnende Antwort ergeben. Es stimmten bei der Frage: „Sollen die Verbandsbeiträge vom 1. Oktober 1901 bei der Frage: „Sollen die Verbandsbeiträge um 5 Pf. erhöht werden?“ 581 Mitglieder dafür, 217 dagegen. 68 enthielten sich der Stimme. Für Zurückstellung dieser Frage bis zur nächsten Generalversammlung stimmten 1760 Mitglieder, dagegen 952, der Stimme enthalten haben sich 107 Mitglieder.

**Weber-Ausperrung.** Die Weber und Weberinnen der Firma Eduard Weber in Krimmitschau wurden am vergangenen Sonntagabend ausgesperrt, weil sie eine angekündigte Lohnreduktion nicht ohne weiteres über sich ergehen lassen wollten. Zum dritten Male innerhalb dreier Jahre versuchte Herr Weber den Lohn seiner Arbeiter zu kürzen. Zwei Mal ließen dieselben die Lohnreduktion widerstandslos über sich ergehen. Endlich beim dritten Mal ermannten sie sich und wollten gütlich unterhandeln. Aber Herr Weber wollte keine Unterhandlung. Seine Antwort war: Einstellung des Betriebes und Ausperrung der Weber und Weberinnen! Im Laufe des Sonntagabendnachts versuchten die Arbeiter nun noch einmal, aber leider erfolglos, den Kampf gütlich beizulegen. Der Kampf dreht sich um die Verbehalten des seitherigen Lohnes für die Jacquardweber, Bezahlung der Nebenarbeiten als: Borrichtungen, Anknellen usw. für die Schaffweber.

Vor Zuzug von Webern nach Krimmitschau wird gewarnt! Alle arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Ausland.

Das **internationale Bergarbeiter-Komitee** hat am Donnerstag, den 14. November, in Dover (England) gelagt. Vertretern waren England (Pickard, Astor und Seal), Frankreich (Cotte und Lamendin), Belgien (Cavrot) und Deutschland (Müller und Schröder). Die Sitzung war eine sehr interessante und wichtige. Die Beschlüsse sollen vorläufig geheim gehalten werden, Gizingr (Oestreich) war der Einladung nicht gefolgt.

Der **Tarifvertrag der norwegischen Buchdrucker**, der am 1. Januar abläuft, ist durch Verhandlungen mit den Prinzipalen bis auf weiteres verlängert worden.

Die **föderierten Gewerkschaften des Staates Illinois** (Vereinigte Staaten von Amerika) haben auf ihrer Konvention (Verbandsstag), auf welcher 126 Delegierte anwesend waren, beschlossen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das Einwanderungsgesetz, welches die Einwanderung chinesischer Arbeiter beschränkt, aufrechterhalten bleibt. Man verlangt, daß das Gesetz auf alle orientalischen Arbeiter ausgedehnt werde.

## Der Prozeß Kneißl in Augsburg.

Vom Montag liegt folgende telegraphische Meldung vor: Bei Beginn der heutigen Verhandlung sagte der Sachverständige Kassenarzt Dr. Krauser seinem vorgestern abgegebenen Gutachten hinzu, er wolle daselbst nicht im allgemeinen, sondern nur auf Kneißl angewendet wissen. Bei einer gestern stattgefundenen Besprechung mit dem Psychiater Dr. Gudden, der Kneißl am dritten Tage nach der Gefangenahme besuchte, habe Gudden sich seinem (Krausers) Gutachten ganz angeschlossen. Hieraufhin wird Dr. Gudden telegraphisch als Sachverständiger geladen. Der Gerichtshof nimmt sodann den wiederholt gestellten, am Sonntagabend abgelehnten Antrag des Verteidigers Dr. v. Baunwisch an, Dr. Krauser über die Art der Verletzungen Kneißls zu vernehmen. Nach Dr. Krausers nunmehriger Aussage hierüber hatte Kneißl Schüsse im linken Handgelenk, im rechten Vorderarm, rechten Oberarm und in der rechten Bauchseite, letztere lebensgefährlich, während die anderen drei nicht heilten. Krausers Schwester Adelgunde erklärte, daß Kneißl in der Klinik wiederholt bewußlos gewesen sei und einmal einen anwesenden Besuch nicht wahrgenommen habe. Nächste Zeugin ist die Oberschwester. Sie giebt auf Befragen des Staatsanwalts an, sie wisse nichts von einem angeblichen Liebesverhältnis Kneißls mit einer Krankenschwester und deren Disciplinierung. Bei dieser Gelegenheit bemerkt Rechtsanwält v. Baunwisch, daß Kneißl während seines Aufenthaltes in der Klinik von einer großen Anzahl Damen Aufsichtspostkarten, Briefe etc. erhalten habe. Ein zur Zeit in Untersuchungshaft befindlicher Komplize Kneißls, Tagelöhner Boest, wird unverzüglich vernommen und erzählt, wozu Kneißl ihm über die Vorgänge in Irrenbrennen berichtet. Kneißl habe den Fleckbauer mit Erdrücken bedroht, wenn er den Gendarmen die Thür öffne. Ein weiterer Zeuge bestätigt die Erzählung, womit erklärt werden soll, warum Rieger so lange mit dem Öffnen der Thüre gezögert habe.

Die nunmehr vernommene sechszehnjährige Zeugin Mathilde Danmer, die Besteht Kneißls, welche von ihrer Mutter, der Wäscherin Lorenz, mitgenommen worden war, um dadurch Kneißl leichter der Polizei in die Hände zu liefern, sagt aus, sie habe Kneißl am 3. März im Merkschen Anwesen in Geisenhofen getroffen. Derselbe habe ihr schon öfter den Vorschlag gemacht, mit ihm nach Amerika zu gehen. Als sie nun mit ihrer Mutter an diesem Tage zu Kneißl gegangen sei, habe sie geglaubt, es handle sich um einen ähnlichen Plan; sonst wäre sie nicht mitgegangen. Von dem Vorhaben ihrer Mutter habe sie nichts gewußt. Sie hätte auch Kneißl auf keinen Fall verraten. Der Ankläger habe bei der Bewegung zu ihr geäußert, die Irrenbrenner Nordhof bereue er tief. Der Fleckbauer habe ihn schmähtlich verurteilt. Ein Einverständnis zwischen ihm und dem Fleckbauer habe nicht bestanden. Nach weiteren belanglosen Zeugenansagen kommt der Raubfall auf den Sattlergehilfen Danthofer in Waisach zur Verhandlung. Die Anklage nimmt an, daß Kneißl und Boest die Thäter seien. Kneißl selbst stellt den Raub vollständig in Abrede; auch Danthofer vermag nicht anzugeben, ob Kneißl und Boest die Thäter seien. Der Stationskommandant Abt aus Waisach stellt fest, daß Kneißl zur Zeit des Raubes sich nur eine Stunde vom Thatorf entfernt bei Felmannen aufhielt.

Aus der Verhandlung am Nachmittag ist hervorzuheben, daß der Sachverständige, Oberarzt Dr. v. Gudden, ausfragt, er habe bei seinen Besuchen Kneißls am zweiten Tage nach Kneißls Festnahme von diesem keine Antworten bekommen, die auf klares Bewußtsein schließen ließen. Kriminalkommissar Boßert giebt auf Verlangen des Vorsitzenden Aufschluß über den Zustand der Frau Lorenz, welchen er als einen sehr guten bezeichnet. Einige Entlastungszeugen bestätigen, daß Kneißl seiner Zeit nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wiederholt gearbeitet habe, sei es aber entlassen worden sei, als bekannt wurde, daß er der Schacher Müller-Dias sei.

Bezüglich der Frage, ob Kneißl bei seiner Festnahme Waffen bei sich hatte, sagt die Mehrzahl der Schyuleute aus, daß Kneißl unbewaffnet gewesen sei, während ein Zeugnis behauptet, Kneißl habe einen Revolver gehabt. Hierauf wurden vom Gerichtshof die Fragen formuliert, welche an die Geschworenen zu stellen sind. Hierzu Fragen betreffen die Verbrechen Kneißls, darunter befinden sich auf Mord, Totschlag oder Körperverletzung lautende Fragen. Mehrere Fragen richten sich gegen Rieger wegen Beihilfe zum Verbrechen.

Heute wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Morgen finden die Plaidoyers statt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Nationalliberale, Zolltarif und Kanalvorlage.

**Witten, 18. November.** (W. Z. V.) Hier selbst fand gestern der außerordentlich stark besuchte Parteitag der Nationalliberalen Beschlusses statt. In einem längeren Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Hilde über den Zolltarif sprach sich der Redner für einen mäßigen Schutz Zoll zu Gunsten der Landwirtschaft aus und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Kanalvorlage bald wieder erscheinen und alsdann zum Segen der Industrie und Landwirtschaft Westfalens angenommen werden würde. Es gelangte eine in diesem Sinne gehaltene Resolution einstimmig zur Annahme.

### Zur Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

**Paris, 18. November.** (W. Z. V.) Der Centralausschuß der Kohlenwerke hat an die Arbeitskommission der Kammer ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Forderungen des Bergarbeiter-Verbandes, insbesondere den Achtstundentag, zurückweist und ausführt, daß der Achtstundentag die heimische Produktion um mindestens sechs Millionen Tonnen verringern, eine Anzahl von Kohlenwerken zu Grunde richten, den Kohlenverbrauch Frankreichs dem Welchen des Auslandes preisgeben und sämtliche Industrien auf das schwerste schädigen würde.

**Leipzig, 18. November.** (W. Z. V.) Gestern nachmittag wurde im Connewitzer Holze ein Mann erschossen aufgefunden, der später als der Direktor des Förstler-Vereins, Otto Gram aus Bärzig bei Witterfeld, erkannt wurde. Der Weingrund der That ist unbekannt.

**Toulon, 18. November.** (W. Z. V.) In der hiesigen Feuerwecker-Schule erfolgte gestern eine Explosion, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Krankenkassen-Mitglieder!  
Arbeiter Berlins und der Vororte!**

In dem Kampf zwischen Krankenkassen und Apotheken, welcher seit dem 1. Mai im Gange ist, handelt es sich für die Kassen darum, die Arznei zu verbilligen, um nach anderer Richtung für die Kranken Proletariat besser sorgen zu können. In diesem Kampf greift nun jedoch der Oberpräsident durch eine Verfügung ein, von der die Apotheker hoffen, daß sie ihnen auch fernerhin in dem bisherigen Umfange die Ausübung des arbeitenden Volkes ermöglichen wird. Aber diese Hoffnung wird an der Einsicht und dem Opfermut der Berliner Arbeiterkassen zu Schanden werden.

Jeder Arbeiter, jedes Krankenkassen-Mitglied muß sich ja darüber klar sein, daß seine ureigensten Interessen — die bessere Versorgung in Krankheitslagen — in diesem Kampfe auf dem Spiele stehen, und jeder wird darum unverzüglich auch fernerhin an dem Grundsatze festhalten:

**den Arzneibedarf für sich und seine Familie in erster Linie aus Droguengeschäften zu decken, und wo dies nicht angeht, nur eine der zugelassenen Apotheken in Anspruch zu nehmen.**

Die zur Lieferung bei den Berliner Krankenkassen zugelassenen Apotheken sind:

**Centrum:** Apotheke zum schwarzen Adler, Königsstr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 20. Kommandanten-Apotheke, Seydlitzstr. 16.

**Westen:** Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Barbarossa-Apotheke, Kurfürstendamm 1. Kurfürsten-Apotheke, Genthinerstr. 20. Palas-Apotheke, Goltzstr. 23. Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Kanonenstr. 44.

**Süd-Westen:** Johanniter-Apotheke, Plan-Unter 11. Kreuzberg-Apotheke, Belle-Alliancestr. 75. Auguste Victoria-Apotheke, Königsgrabenstr. 12. Apotheke zum goldenen Einhorn, Smeisenaustraße 22. Anhalter-Apotheke, Poststr. 18.

**Süd-Osten:** Apotheke zur Sonne, Prinzenstr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 149. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Hohenstaufen-Apotheke, Godestr. 30.

**Süd-Osten:** Reander-Apotheke, Reanderstr. 20. Göttinger-Apotheke, Göttingerstr. 48. Walbert-Apotheke, Walbertstr. 16. Erimanns-Apotheke, Reichensbergerstr. 150. Springers Apotheke, Mantensfeldstr. 105. Apotheke am Schießtisch Thor, Staligerstr. 72.

**Osten:** Gradis Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Nordorferstr. 53. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 134. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Posenstr. 7.

**Nord-Osten:** Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königsstraße 50. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Große Frankfurterstraße 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstraße 10. Deutsche Apotheke, Büdingstr. 16. Kaiser Wilhelm-Apotheke, Landsbergerstraße 3.

**Norden:** Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schulstr. 1. Prinzessin Victoria Louise-Apotheke, Voltastraße 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Rions-Apotheke, Anklamerstr. 39. Gustav Adolf-Apotheke, Koloniestr. 1. Nordhofen-Apotheke, Remstr. 31. Borussia-Apotheke, Schönhauser Allee 54. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Chausseestraße 19. Hochplatz-Apotheke, Neue Hochstr. 24. Italienische Apotheke, Antonstr. 25.

**Nordwesten:** Roland-Apotheke, Turmstr. 16. Diana-Apotheke, Turmstr. 28. Moabit Apotheke, Alt-Moabit 18. Fellers Apotheke, Liederstr. 32. Schiller-Apotheke, Alt-Moabit 35. Kronprinzen-Apotheke, Hindenburgstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstraße 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 56. Phönix-Apotheke, Birkenstr. 6. Reußel-Apotheke, Reußelstr. 55.

**Charlottenburg:** Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstraße 89. Pestalozzi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61 B. Hland-Apotheke, Kantstr. 151. Hof-Apotheke, Berlinerstr. 71. Falken-Apotheke, Potsdamerstr. 31.

**Schöneberg:** Palas-Apotheke, Goltzstr. 23. Sedan-Apotheke, Sedanstr. 3.

**Rixdorf:** Reichsadler-Apotheke, Bergstr. 13. Berg-Apotheke, Hermannstr. 146.

**Lichtenberg:** Lichtenberger Apotheke, Dorstr. 41c. Groß-Lichtenfelde: Adler-Apotheke, Drakestr. 56. Steglitz: Apotheke von Rah, Albrechtstr. 19.

**Weißensee:** Flora-Apotheke, König-Chaussee 9. Neu-Weichensee: Sonnen-Apotheke, Langhansstr. 82.

In Ortschaften, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kann diese nach wie vor benutzt werden.

Wir bitten dies Verzeichnis aufzuheben oder besser noch: aus demselben die nächstliegende Apotheke herauszusuchen und sich dieselbe für den Bedarfsfall zu merken.

**Centralkommission der Krankenkassen  
Berlins und der Vororte.**

**Partei-Nachrichten.**

**Partei-Archiv.**

Die Bibliothek der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 48, Alexandrinenstr. 26 (im Hause der „Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle“), ist wochentags von 5 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr vormittags geöffnet.

Die Bibliothek ist geschlossen am Renntage, am 1. Mai, an den zwei Ostern, Pfingst- und Weihnachtstagen sowie am ersten und dritten Montag eines jeden Monats und in der Zeit vom 24. Juni bis 1. Juli inclusive.

Die Benutzung der Bibliothek steht nur solchen Personen frei, denen der Parteivorstand (Bureau: Berlin SW., Kreuzbergstr. 30) die schriftliche Erlaubnis dazu erteilt hat.

In den Räumen der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle liegt ein Exemplar des systematischen Katalogs zur Einsicht bereit. Die Bestellung der gewünschten Werke hat schriftlich am Ausgabehalter der „Öffentlichen Bibliothek“ zu geschehen. Die Benutzung wird in der Regel nur in den Leserräumen der Öffentlichen Bibliothek gestattet.

Nach Hause werden Bücher nur auf Grund einer ausdrücklichen Erlaubnis des Parteivorstandes verliehen. An diese Bedingung ist auch die Verschlebung von Büchern an Interessenten außerhalb Berlins geknüpft, denen auf einen dahingehenden Wunsch der systematische Katalog für kurze Zeit zur Einsicht übermittelte werden kann.

Berlin, den 25. Oktober 1901.

Der Parteivorstand.

Genosse **Webel**, der einige Zeit verzeilt war, antwortet dem Genossen **Kob** nochmals kurz auf dessen letzte Erwiderung. Auf die Sache selbst geht er nicht ein. Dagegen teilt er mit, daß ihm noch neues Material in der Sache des Karlsruher Oberbürgermeisters zugegangen sei, das ihm die Haltung Kob's und seiner Freunde noch ungreiflicher mache, als es bisher erschien. Er wolle die Polemik nicht in der Zeitung fortsetzen, sondern die Anlagen vor ein andres Forum bringen, wo er auch die Zeugen für Kob's Aechtheit über das Parteiprogramm beibringen wolle. Kob erklärt sich in einer kurzen Äußerung damit einverstanden.

Die Revision des Genossen **Cyprianus** gegen das ihm zu Gefängnis und zum Verlust seines Mandats verurteilende Gerichts-urteil ist am Montag vom Reichsgericht verworfen worden.

Als eigenartiger Rechenkünster hat sich der liberale Magistrat in Königsberg produziert, um die Sozialdemokratie um ein Stadtverordneten-Mandat zu bringen. Während wir mitteilten, daß drei Sozialdemokraten im ersten Wahlgange gewählt seien, will der Magistrat nur zwei als gewählt gelten lassen. Er folgt dabei dem Wahlvorstand in dem betreffenden Bezirk, der ebenfalls eine Stichwahl als notwendig bezeichnete. Es handelt sich um die Wahl eines Stadtverordneten auf vier Jahre. Stimmen erhielten: der Sozialdemokrat 494, der Liberale 227, der Konservativ 221, außerdem zerstückelten 18 Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 475 Stimmen. Also hat unser Genosse mit neun Stimmen über die absolute Majorität gesiegt. Das ist ein so lazes Exempel, daß es auch den ob ihrer blamablen Niederlage erbosten Freisinnigen einleuchten könnte. Der Magistrat hat aber bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses die Wahl mit einer andern im selben Bezirk, bei der zwei Stadtverordnete auf sechs Jahre zu wählen waren, zusammengeworfen. Bei der letzteren Wahl ist nur der Genosse Reichstags-Abgeordneter **Haase** gewählt; um das zweite Mandat haben in der Stichwahl ein Genosse und ein Liberaler zu ringen. Bei der Herauszählung der absoluten Majorität hat der Magistrat um die Stimmen sowohl für die Kandidaten auf sechs Jahre, wie die für die Kandidaten auf vier Jahre zusammengeworfen. Er glaubt, daß ihm eine alte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gestatte, so zu verfahren. Unfre Genossen werden schon bei der Stichwahl einen Strich durch das faulose Rechenexempel machen.

**Gemeindevahlen.** Die Stadtverordneten-Wahl der dritten Abteilung in Spremberg brachte zum erstmaligen für uns den Sieg. Es haben 258 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Wir erhielten: Controleur **Julius Herbst** und **Eigenerfabrikant August Krüger** 132 bzw. 131 Stimmen; die **Sequor Gustav Greißel** (bis her Stadtverordneter) 129 und **Zeichenlehrer Hartmann** 114 Stimmen. 10 Stimmen zerstückelt. Vor zwei Jahren hatten von 208 Abstimmenden 64 für Sozialdemokraten gestimmt, unsere Partei hat also ihre Stimmenzahl reichlich verdoppelt.

In **Langenberg** (Rheinl. L.) wurden 4 Kandidaten der sozialdemokratischen Liste, 2 der gegnerischen Liste und 1 beiden Listen gemeinsamer Kandidat gewählt.

**Aus Industrie und Handel.**

**Krise der Eisenindustrie in Süd-Russland.**

In der von den Eisen- und Stahlindustriellen alimentierten Presse ist zum Beweis für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Eisenpreise außer auf die Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie auch in den letzten Jahren vielfach auf die Erstarkung der sibirischen Kohlen- und Eisenproduktion hingewiesen worden. Mit erneuter Begeisterung wurde berichtet, daß die sibirische Kohlen- und Eisenproduktion von 1893 bis 1899 sich nahezu verdreifacht hätte, nämlich von ca. 540 000 Tonnen auf über 1 1/2 Millionen Tonnen gestiegen sei, und daß, wenn erst die mächtigen Anthracitlager des Donezbeckens und die reichen Erzlager rationaler ausbeutet und zwischen beiden bessere Zufuhrwege hergestellt sein würden, sich die russische Konkurrenz auf dem süd- und mitteleuropäischen Eisenmarkt in empfindlicher Weise geltend machen müsse. Verschwiegen wurde nur, daß die Eisenerzlager von Krivoirog, die vornehmlich in Betracht kommen, 50-70 deutsche Meilen von den Anthracitlagern entfernt liegen, daß der Gesamtvorrat jener Eisenerzgruben bei zunehmendem Bedarf kaum noch auf 15-20 Jahre vorhalten dürfte und ferner die Donez-Anthracitkohle zu schwefelhaltig ist, um mit Vorteil direkt zur Eisenverhüttung in den Hochofen anstatt des Coals verwendet werden zu können. Vor allem aber wurde verschwiegen, daß selbst in den besseren Hochofen-Anlagen des Donez- und Dnieprgebietes die Produktionskosten einer Tonne Hoheisen sich noch immer um über 25 Proz. höher stellen, wie in Rheinfeld-Weiskalen, und daß die sibirische Eisenindustrie in der Hauptsache nichts anderes als ein durch das russische Prämonien- und Zollsystem, sowie durch hohe Versicherungsaufträge für Staatsbahnbauten aufgelegtes sibirisches Treibhausgewächs ist, das freiem Luftzug kaum Widerstand zu halten vermag.

Schon vor einigen Jahren die Regierung sich, um zu sparen, dazu genötigt sah, bei Vergabung von Renntträgen auf Sibirien und Laufen auf niedrige Preise zu halten, wurde die Lage vieler Etablissements recht heikel, und noch mehr, als sich bald das von den sibirischen Werken für den Bau der transsibirischen Bahn gelieferte Material als minderwertig herausstellte und sich nun die russische Regierung trotz aller ihrer Reizung, die einheimische Industrie zu fördern, dazu gezwungen sah, bedeutende Örders auf Sibirien an amerikanische Werke zu vergeben. Bereits in den letzten zwei, drei Jahren konnten verschiedene der sibirischen Unternehmungen keine Dividende mehr ausschütten. Jetzt hat sich, wie neuere Meldungen und der vor einigen Tagen auf dem Kongress der sibirischen Montanindustriellen in Charlow erhaltene Bericht beweist, die Lage noch weit mehr verschlechtert. Eine ganze Reihe von Werken steht, wenn die Regierung nicht helfend eintritt, vor dem Bankrott; vielfach mußte die Tätigkeit in den Betrieben auf ein Drittel oder Viertel des bisherigen Umfangs reduziert werden. Und ebenso leidet die Kohlen-, Coals- und Eisenerz-Produktion, da naturförmig unter solchen Umständen die Nachfrage nach Erz und Kohlen seitens der Eisenindustrie stetig abnimmt. Zu den traurigen Entsergebnissen einer Reihe russischer Gouvernements gesellt sich demnach eine verschärfte Krise der sibirischen Montanindustrie. Während aber der Entausfall fast allein den russischen Grundbesitzer, und vor allem den kleinen Bauer trifft, zieht die Krise der Eisen- und Kohlenindustrie viel weitere Kreise in Mitteleuropa, da an deren Anlagen beschicktes und französisches Kapital stark beteiligt ist, und zwar mit weit über eine halbe Milliarde Mark. Ein beträchtlicher Teil dieses Kapitals muß als verloren gelten.

**Eine Koalition gegen das Hoheisensyndikat.** Druck erzeugt Gegendruck — das muß auch das Hoheisensyndikat erfahren. Ende voriger Woche, so schreibt die „Industrie“, waren in Düsseldorf über zwanzig rheinisch-westfälische Werke versammelt, um über die Gründung einer Hoheisen-Einkaufs-Vereinigung zu beraten. Es handelt sich um alle Verbräucher von Puddel, Stahl- und Thomasseisen, die, durch die in dem letzten Jahre gemachten bitteren Erfahrungen bewogen, sich zusammenschließen wollen, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Die Vereinigung wird, wenn ihr die Angebote des Syndikats nicht annehmbar erscheinen, Hoheisen im Ausland kaufen, so zwar, daß der Preisunterschied von allen gemeinsam getragen wird. Auf diese Weise würde die Vereinigung im Notfall das Syndikat auch einmal fallstellen können, und gerade darin liegt der Druck, den die Vereinigung gegen die Hoheisen-Verbände auszuüben vermag. Das überaus schroffe Vorgehen des Hoheisensyndikats in Düsseldorf hat diese Koalition der Abnehmer gegen dasselbe ins Leben gerufen, und die Vereinigung, die vom 1. Januar ab in Wirksamkeit treten soll, gilt als gesichert. Für das erste Jahresviertel 1902 würde dieselbe also die Käufe für ihre Mitglieder besorgen, für jeden Zeitraum wird für mehrere Werke wieder Bedarf in Hoheisen vorhanden sein.

Die üble Lage der Eisenindustrie kommt in den Berichten selbst der großen Unternehmungen, die sich technisch durch eine überlegene Betriebsform abheben, stark zum Ausdruck. So schließt die Dortmund Union, Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, mit einem so geringen Reingewinn, daß auf eine Verteilung der Dividende verzichtet werden muß, während im Vorjahre 7 Proz. gezahlt wurden. Das schlechte Ergebnis ist auf die niedrigen Preise und den verminderten Absatz im letzten Jahre zurückzuführen. Daneben spielt aber auch das Syndikatswesen eine bedeutende Rolle, worüber der Bericht folgendes enthält:

Die Rohstoff-Syndikate für Kohlen, Coals, Erze etc. hatten ihre Preise zu guten Zeiten stark erhöht und Abschlüsse für längere Dauer mit ihren Abnehmern getätigt; die außerhalb der Syndikate stehenden Unternehmungen waren dem Beispiel rasch gefolgt. Das Hoheisensyndikat war nicht in der Lage, den angemeldeten Bedarf der Werke an Coalskohlen zu beschaffen; es verminderte daher die Zuweisungen um 20 Proz. und erhöhte die Preise um 25 Proz. Dem Coalsyndikat gelang es, bei seinen Abnehmern, die für das Jahr 1900 die Tonne mit 14 M. abgeschlossen hatten, bei dem Abschlusse für 1901 einen Durchschnittspreis von 17 M. für beide Jahre durchzusetzen — es erhöhte also die Preise für 1901 auf 20 M. für die Tonne; — auch das Siegerländer Eisenstein-Syndikat verkaufte Erze nur für die Dauer des ganzen Jahres 1901 und zu erheblich erhöhten Preisen. Es war also der gesamte Bedarf der Eisen- und Stahlwerke an Rohstoffen für einen hochgespannten Betrieb zu hohen Preisen für das Jahr 1901 längst eingelauft, als Mitte 1900 der Rückschlag in der Eisenindustrie eintrat. — Um die Werke notdürftig zu beschäftigen, mußten bald Ausfuhrgeschäfte zu Preisen übernommen werden, die bei den hohen Rohstoffpreisen die Selbstkosten nicht deckten, wenn auch ein Teil der Syndikate, besonders das Kohlensyndikat, durch Gewährung von Ausfuhrvergütungen den Abschluß solcher Geschäfte erleichtert hat. In weit größerem Umfange mußten aber von der Eisenindustrie den Abnehmern Erleichterungen in den verschiedensten Formen bewilligt werden, um ihnen die Unterbringung wenigstens eines Teiles der geforderten Mengen zu ermöglichen; besonders vom Träger- und Halbzeugsyndikat sind hierfür ganz erhebliche Summen bereitgestellt worden.

Obwohl auf dem Dortmunder Werk der ältere reparaturbedürftige Hochofen I am 1. September 1900 niedergebunden wurde und die dafür in Aussicht genommene Inbetriebsetzung des inzwischen fertiggestellten zweiten neuen Hochofens in Dortmund unterblieb, und am 1. November der ältere der beiden in Heurichsdorfer betriebenen Hochofen ausgedehnt wurde, sammelten sich die Vorräte an Hoheisen so rasch an, daß auch der zweite Hochofen in Heurich am 16. Februar 1901 außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Die Zahl der Arbeiter aus von 12 412 im Juni des Vorjahres auf 9842 im Juni d. J. zurück. Aus der Bilanz der letzten sechs Jahre ist eine riesige Steigerung der Gewinne nachweisbar, die im letzten Jahre allerdings bedeutend reduziert wurde. Was in den letzten Jahren die Aktionäre einheimischen, ergibt folgende Zusammenstellung:

	Bruttogewinn	Abz.	Reingewinn
1900/01	6 083 064	3 073 208	172 827
1899/00	10 075 822	3 079 947	4 335 452
1898/99	6 848 451	2 503 414	2 571 504
1897/98	5 561 031	1 988 792	2 032 944
1896/97	6 504 737	2 021 808	2 045 747
1895/96	3 176 438	1 161 590	272 648

Aus der diesjährigen Bilanz ergibt sich, daß die Bankschulden jetzt die Höhe von 20 435 403 M. erreicht haben; ferner haben sich die fundierten Schulden um 5 824 500 M. vermehrt. Die Aufwendungen sind zum Teil durch Neubauten notwendig geworden.

**Die Arbeitslosigkeit im Herzogtum Braunschweig.** Von der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig sind Erhebungen über den voraussichtlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in diesem Winter veranfaßt worden. Die Erhebungen erstrecken sich laut „Landeszeitung“ über das ganze Herzogtum Braunschweig, und zwar wurden sämtliche wichtigeren industriellen Betriebe, zusammen 101, darunter 28 Betriebe der Maschinenbranche, gefragt. Danach betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter am 15. Oktober 1900 19 887, am 15. Oktober 1901 dagegen 19 123, also 744 Arbeiter weniger. In der Eisenindustrie, die ja durch die wirtschaftliche Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen ist, stellten sich die Zahlen folgendermaßen. Es wurden beschäftigt: a) im Hüttenwesen 1900 2038 Arbeiter, 1901 2245, also 1901 — 290 Arbeiter; b) in der Maschinenindustrie 1900 5885, 1901 5388, also 1901 — 502 Arbeiter. Die Zahl der im Laufe der nächsten beiden Monate nach zur Entlassung kommenden Arbeiter dürfte sich auf etwa 500 bis 600 belaufen. — In der Stadt Braunschweig wurden in den insgesamt 28 größeren Betrieben, die gefragt wurden, am 15. Oktober 1901 7691 Arbeiter gegen 8200 am gleichen Tage des Jahres 1900, also 609 Arbeiter weniger beschäftigt. Von den Arbeitern entfallen 58 Prozent auf die Maschinenindustrie. Die verhältnismäßig hohe Ziffer, die sich in der Stadt Braunschweig gegenüber der Ziffer für das gesamte Herzogtum danach ergibt, erklärt sich daraus, daß in der Stadt nur sehr wenige Betriebe eine erhöhte Arbeiterzahl gegenüber dem Vorjahre aufweisen, während dies außerhalb der Stadt mehrfach der Fall war, infolgedessen die Zahl der Arbeiterverringernungen durch die der Vermehrungen sich dort mehr ausglich.

Die Zahlen sind natürlich nur Teilresultate, wäre die Umfrage auf alle Betriebe ausgedehnt, dann würde die Zahl der Arbeitslosen um ein Bedeutendes aufswellen.

**Der Norddeutsche Lloyd** gibt die Abrechnung der ersten neun Monate des laufenden Jahres bekannt. Danach betragen die Netto-Ergebnisse für diesen Zeitraum 20 140 000 M. gegenüber 20 300 000 M. in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1900 und 13 300 000 M. in den ersten neun Monaten des Jahres 1899. Was das laufende Geschäft anlangt, so würden nach Mitteilung des Vorstandes die Frachteinahmen der Monate Oktober-Dezember des laufenden Jahres einen gewissen Mehrertrag durch den Anfall der amerikanischen Weizenerte ergeben; dieser habe zur Folge gehabt, daß bei gleichzeitig gedrückten Frachten bis zum 31. Oktober des laufenden Jahres ca. 70 000 Tonnen Weizen weniger vom „Norddeutschen Lloyd“ befördert seien als im Vorjahre. Ebenso sei in der Ausfuhr amerikanischer Maschinen und landwirtschaftlicher Geräte ein Rückgang zu verzeichnen. Dagegen zeigen fast sämtliche anderen Artikel in dem Verkehre von den Vereinigten Staaten nach Bremen eine nicht unerhebliche Zunahme, welche sich bis Ende Oktober auf 30 000 Tonnen belaufe. Auf die letzten Monate des verflorenen Jahres waren zwar Einzahlungen aus Transporttransporen entfallen, welche in diesem Jahre ausfallen würden, doch hätte das verflorene Jahr auf der anderen Seite die schweren Folgen des ökonomischen Wandlungslides zu tragen gehabt. Zur Abhilfe gelangt, bezw. im Umbau fertiggestellt seien seit 1. Januar d. J. 16 Dampfer sowie verschiedene Tender, Dampfmaschinen und Schlepplähne mit einem Gesamtwert von 35 458 000 Mark, während im gleichen Zeitraum an deutschen Werften und für gekaufte Schiffe gezahlt seien 34 500 000 Mark. Im Bau seien zur Zeit neun transatlantische Dampfer, darunter ein Schnelldampfer, deren Befestigung im Rahmen der vorliegenden Bedürfnisse erfolgt sei, und ein Schiffschiff. Die Abfertigungen und Zahlungsstermine erstrecken sich bis zum Jahre 1905. Sämtliche Dampfer seien im regelmäßigen Betriebe beschäftigt. Verkauf seien in den letzten Tagen die Dampfer „G. D. Weier“ und „Willehad“, deren Tadelhaftigkeit den heutigen Anforderungen nicht mehr genüge, zu dem Buchwert entsprechenden Preisen.

Der Bericht stellt ein günstiges Resultat zusammen, aus dem man aber bei näherer Betrachtung doch den Eindruck einer Verschönerung gewinnt. Die Einnahmen aus den Truppentransporten müssen ganz erhebliche sein, und wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß diesem Umstand der Lloyd den vorteilhaftesten Abschlag verdankt. Sollen diese Einnahmen jetzt aus, dann dürfte sich schon für die Folge dieser Fehlbetrag empfindlich bemerkbar machen. Es wäre auch ionderbar, wenn nicht der Lloyd unter denselben ungünstigen Frachtkonkurrenzen leiden würde, die Direktor Vallin von der Hamburg-Amerika-Linie vor kurzem schilderte. Die Situation wird sich auch dann ungünstiger gestalten, wenn die jetzt in Auftrag gegebenen und in Bereitschaft gestellten Schiffe in den Betrieb einrängen.

**Die deutsche Konkurrenz.** Der dänische Staat läßt gegenwärtig zwei Dampfmaschinen bauen, die für den Verkehr zwischen Odense und Bornhöved bestimmt sind. Eine davon, ein Schraubenschiff, wurde bei einer dänischen Firma, Helsingørsk-Skiffsbauveri zum Preise von 1 020 000 Kronen bestellt; die andre, ein Räderkessel, bei der deutschen Firma Schichau in Elbing, die dafür 850 000 Kronen verlangt hat. Die „Socialdemokraten“ mitteilt, hat diese Firma für denselben Preis für Mecklenburg eine weit kleinere Dampfmaschine geliefert. Die von Dänemark bestellte Räder-Dampfmaschine soll um 1/3 größer werden und über 400 Pferdekraft mehr verfügen als jene. — Eine Kopenhagener Firma hatte für den Bau beider Maschinen 2 000 000 Kr. verlangt, 220 000 Kr. mehr als sie jetzt kosten werden. Da aber Dänemark zur Ueberwachung des Baues zwei sachkundige Controlanten nach Elbing schickt und dafür circa 50 000 Kr. verausgibt, beträgt die tatsächliche Ersparnis nur etwa 175 000 Kr.

**Für ein Carbid Syndikat wird gegenwärtig in Interessentenkreisen Stimmung gemacht.** Diese schnelltemporischende Industrie leidet gegenwärtig unter einer gewissen Ueberproduktion. Man rechnet in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Oesterreich, Italien, Schweden und Norwegen die Jahresproduktion auf ungefähr 75 000 Tonnen, während nur 11—12 000 Tonnen gebraucht werden. Die Acetylenindustrie, die dieses Produkt zur Gasherzeugung bedarf, hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Durch die Konkurrenz ist der Preis von 40 Pf. pro Kilo auf 18 Pf. zurückgegangen. Das Syndikat hat die Absicht, den Preis wieder auf 30 Pf. hinaufzusetzen. Damit entstände die Gefahr, daß in der Benutzung des Acetylen eine Hemmung eintrete, die Konkurrenz mit anderen Leuchtgasen und Beleuchtungsmitteln zurückgedrängt wird. Uebrigens scheint und der Plan so groß angelegt, daß an eine Verwirklichung noch gezweifelt werden muß. Vorausgegangene ähnliche Versuche sind auch bisher immer von einem Mißerfolg begleitet gewesen.

## Sociales.

### Konsumvereine, Socialdemokratie und Demuziantengesindel.

Vor einiger Zeit ging eine Notiz durch die Presse, die namentlich von der „Deutschen Tageszeitung“ begierig aufgegriffen und unter dem Titel „Konsumvereine und Socialdemokratie“ gehörig verarbeitet wurde. Darin wurde mitgeteilt, daß der Konsumverein in Eutrich bei Leipzig einigen Arbeitervereinen der Gegend ein paar Mark zu Bildungszwecken überwiesen habe. Daraus wurden dann sofort temperamentvolle Erörterungen geknüpft über die Unterfütterung der Socialdemokratie durch die Konsumvereine und schließlich gerichtliches Einschreiten gegen den Eutricher Verein gefordert wegen Verletzung des Genossenschaftsgesetzes.

Jetzt stellt sich heraus, daß nur durch eine dreifache Unterschlagung die Möglichkeit geschaffen wurde, den Verein der Unterfütterung politischer Bestrebungen zu zeigen. Die gefälschte Mitteilung war aus dem Geschäftsbericht des Vereins entnommen. In diesem heißt es nun:

„Der Dispositionsfonds hat sich um 400 Mk. vermindert. Den Arbeitervereinen Schleußig und Lindenthal wurden je 30 Mk. und den Arbeitervereinen Wahren, Mödern, Hähnchen, Volkshilfsverein Gohlis, Rodau und dem Gemeinnützigen Verein Leipzig-Eutrich wurden je 40 Mk. zu Bildungszwecken überwiesen. Ferner wurden für die Milchkolonie des Schreibervereins Gohlis 60 Mk. und für die Milchkolonie des Schreibervereins Eutrich 40 Mk. geklistet.“

Die Schreibervereine sind reine Wohlthätigkeitsvereine. Der Konsumverein hat also aus einem zu Wohlfahrtszwecken geschaffenen besonderen Fonds verschiedene Wohlthätigkeitseinrichtungen ohne Ansehen der Partei unterstügt. Diese Thatfachen haben aber die Herrn Demuzianten verschwiegen.

**Grundsätze für das Verfahren bei Einführung eines Ladenschlusses vor 9 Uhr abends wird der Bundesrat aufstellen.** Ein Entwurf zu einer solchen Bundesrats-Verordnung ist den Bundesregierungen zugegangen.

**Die ungerechte Wirkung der Umsatzsteuer** scheint sich ihren Vätern in Sachsen immer sichtbar zu machen. Wie schon mehrere andre Gemeinden, so hat jetzt auch die Gemeinde Reßbach bei Dresden die dort bisher in Höhe von 2 Proz. erhobene Umsatzsteuer, die nur den Konsumverein traf, auf 1 Proz. herabgesetzt. Die socialdemokratischen Gemeindevorsteher hatten die vollständige Aufhebung der Steuer verlangt. Dies vermochten sie jedoch noch nicht durchzusetzen.

**Die Hygiene in der Barbierstube.** Für den Regierungsbezirk Magdeburg ist eine Verordnung für Barbierstuben zc. erlassen worden.

Nach dieser dürfen Friseur-, Barbier- und Haarschneidestuben nicht als Schlafstellen benutzt werden.

Hunde und Katzen dürfen in denselben nicht geduldet werden. Personen, welche an einer Haut- oder Hautkrankheit oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen das Gewerbe des Friseurs, Barbierens oder Haarschneidens nicht ausüben.

Das Frisieren, Barbieren und Haarschneiden darf nur mit reinen Händen vorgenommen werden.

In jeder Friseur- oder Barbierstube ist für ausreichende, für das Personal bestimmte Waschlösung zu sorgen, derart, daß daselbe sich jederzeit die Hände mit Seife in reinem, noch unbenutztem Wasser waschen und mit einem noch gehörig sauberen und trocknen Handtuch abtrocknen kann.

Alle bei dem Frisieren, Barbieren oder Haarschneiden zur Verwendung kommenden Tücher, Friseurmäntel, Unterlagen, Staubstoffe und dergleichen müssen gehörig trocken und sauber, jedenfalls ohne sichtbare Schmutzstellen sein. Aus Papier bestehende Staubstoffe usw. sind nach einmaliger Benutzung zu vernichten.

Sessel, an die der Kopf gelehnt werden soll, sind vorher mit einem Staubtuche, z. B. einem Blatt Seidenpapier, zu bedecken.

Personen, welche erkennbar an einer Haut- und Hautkrankheit des Kopfes, an Ungeziefere oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen in den Friseur-, Barbier- oder Haarschneidestuben nicht bedient werden.

### Verhältnisse der Schweizerischen Staatseisenbahnen.

Der Verwaltungsrat der Bundesbahnen hat in längster Zeit allgemeine Dienstvorschriften für die Beamten und ständigen Angestellten erlassen, die in mancher Beziehung bemerkenswert sind. Vorausgeschickt sei, daß für die Arbeitszeit, freie Zeit usw. ein besonderes Gesetz, das sogenannte Rubetagsgesetz, vorhanden ist und ferner für die Löhne und Gehälter das besondere Besoldungsgesetz. Die nun erlassenen Dienstvorschriften betreffen das Verhalten im Dienste und sie bestimmen u. a. folgendes: Die Beamten und Angestellten haben sich durch ihr Verhalten in und außer dem Dienste der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen, die ihre Stellung erfordert. Sie haben ferner den Vorgesetzten wie den Untergebenen gegenüber ein freundliches und taktvolles Benehmen zu beobachten, ebenso gegenüber dem Publikum einschließlich, aber höflich und geschäftig zu sein. Der Betrieb einer Wirtschaft oder der Kleinderkauf von Getränken ist dem Personal wie den mit

ihnen in gemeinsamem Haushalt lebenden Familienangehörigen untersagt, ebenso die Annahme von Geschenken oder Vergütungen für dienstliche Beziehungen sowie die Beteiligung am Würfelspiel. Jene Beamten und Angestellten, für welche das Rubetagsgesetz keinen zusammenhängenden Urlaub zur Erholung vorschreibt, soll ein solcher von einer Woche gewährt werden bei einer Dienstzeit bis zu zehn Jahren, von zwei Wochen bei einer Dienstzeit von 11 bis 20 Jahren und von drei Wochen bei einer Dienstzeit von mehr als 20 Dienstjahren. Der vorgesehene Diner bleibt die Entscheidung vorbehalten, ob Dienstabwesenheiten aus Gesundheitsrücksichten zufolge ärztlicher Anordnung in den gewöhnlichen Urlaub einzurechnen sind.

**Alterspension für häusliche Arbeiter.** Der Gemeinderat von Brüssel hat beschlossen, diejenigen Arbeiter und Unterbeamten der Stadt, welche als Beamte nicht pensionsberechtigt sind, an die staatliche Pensionskasse anzuschließen. Die Arbeiter haben pro Monat 1 Fr. zu zahlen, während die Stadt für jeden 2 Fr. zuzuschleht. Nach diesem System erhält ein Arbeiter, der mit seinem 20. Lebensjahre in den Dienst der Stadt tritt, mit dem zurückgelegten 60. Lebensjahre eine Pension von 411 Fr., mit dem 65. Jahre eine solche von 714 Fr.; derjenige, der mit dem 25. Lebensjahre eintritt, erhält 390 beziehentlich 577 Fr. usw. Die Uebergangsbestimmungen gehen dahin, daß für die Arbeiter, die schon jetzt das 65. Lebensjahr erreicht haben, eine sofortige Pension von 300 Fr. aus städtischen Mitteln eintritt. Die weitergehenden Anträge der socialdemokratischen Gemeindevertreter fanden keine Zustimmung.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Frauenkleidung auf der Auftragsbank.

Die Frauen, welche sich gern raten lassen, leben jetzt in glücklichen Tagen. Denn in großen und kleinen Räten, für wichtige Lebensfragen und kleine Tagesinteressen erhalten sie in Wort und Schrift des Rates überreiche Fülle. Die Bibel verbietet bekanntlich dem Gläubigen zu fragen: „Was werden wir essen? was werden wir trinken? Worein werden wir und kleiden?“ Dieses Verbot läßt sich heute leicht einhalten, denn ganz ungefragt kommen wohlwollende Ratgeber von allen Seiten, um über diese wichtigen Dinge den besten und allerbesten Rat zu erteilen.

Dabei ist die Bekleidungsfrage offenbar im Vorteil gegenüber der Ernährungsfrage. Bei dieser letzteren läßt sich in keiner Weise vorbeugen, daß der erste Rat lauten möge: „Habe mehr Geld“. Die gutgemeinten Rezepte, wie man aus schlechtem, weil zu billigem Material eine nicht nur schmackhafte, sondern auch nahrhafte Kost zubereiten könne, tragen den Verlegenheitsstempel zu deutlich an der Stirne. Aber bei der Kleidung scheint diese Schwierigkeit kaum vorhanden; die Erneuerung braucht nichts zu kosten; sie könnte im Gegenteil eher eine Ersparnis bedeuten. Seit Jahren steht sie auf der Tagesordnung; auch Kerze leihen ihre Wirkung, von dem Standpunkt ausgehend, daß die heutige Tracht viele Leiden der Frauen herbeiführt, welche bei naturgemäherer Kleidung verschwinden würden. Dr. Justus Thiersch aus Leipzig richtet in einer Broschüre „Die Schädigung des weiblichen Körpers durch fehlerhafte Kleidung“ einen heftigen Angriff gegen das Korsett, dessen Gebrauch er eine große Anzahl von Leiden und Krankheiten zuschreibt. Da er seine Behauptungen durch Beweise erhärtet und durch deutliche Abbildungen erläutert, verdient seine Belämpfung jenes bössartigen Korsettinstrumentes um so mehr Beachtung, als Frauen aller Stände gleichmäßig unter diesen Uebeln leiden. Die berüchtigte „Schulrleder“, die Abschmürung eines ansehnlichen Teiles dieses wichtigen Organs durch den Druck und die Zusammenziehung in der Hüftengegend, meint der Autor am häufigsten bei älteren Arbeiterinnen gefunden zu haben. Denn nicht das zu enge Schürzen der jugendlichen Eitelkeit hält er für die gefährlichste Schädigung, sondern den fortgesetzten schwachen Druck, der sich dem Weibchen nicht bemerkbar macht, seinen Schmerz verursacht, aber in heimlicher Weise Nagen und Leber, Lunge und Herz drückt und drängt, aus der normalen Lage schiebt und nicht erlöst wird, ehe es zur Abhilfe zu spät geworden.

Auch die Eitelkeit wird wohl nicht mehr lange beim Schürzen auf ihre Rechnung kommen. Wir leben in Zeiten des Fortschritts, welche auch auf den Geschmack und das Kunstverständnis fördernd einwirken. So läßt sich hoffen, daß auch die Bekleidungsfrage nicht länger als Schönheitsideal gelten darf, sondern der unverbildete, schlante aber kräftige Wuchs seine richtige Veranschaulichung findet. Wir stimmen deshalb unbedenklich den guten Gründen des Dr. Thiersch zu und raten sowohl der Jugend als dem Alter: Tragt kein Korsett! H.

**Im Verein Schwedischer Frauen und Mädchen** sprach in der regelmäßigen Versammlung am 13. November Fräulein Fanny Imle über den Wert der Konsumvereine. Die Zuhörerinnen, die der Rednerin am Schluß reichen Beifall spendeten, nahmen davon manche Belehrung mit nach Hause.

In Vereinsangelegenheiten teilte die Vorsitzende mit, daß die Kinder der Mitglieder bis zum 15. Dezember angemeldet sein sollen, um dem Vergnügungskomitee das Einlaufen zu erleichtern.

**Eine Erziehung unehelicher Mütter** durch die Verzeichnung „Frau“ wird von bürgerlichen Frauen in der Schweiz angestrebt. Eine Frau Mählberg-Sutermeister in Karau stellte ein Initiativbegehren auf betreffend die bezügliche Ergänzung des vorliegenden Entwurfs zu einem schweizerischen Zivilgesetz und sie wandte sich behufs Unterstützung desselben an die Frauen- und Arbeiterinnenvereine, sowie an die Familien- und Frauenzeitschriften und erlangte trotz der vielfach kalten Ablehnung stolzer Bürgerfrauen 16 000 Unterschriften von einzelnen Frauen und Frauenvereinen. Die Motive, welche die Initiantin zu ihrem Vorgehen bewegen, sind humaner wie socialer Art; sie glaubte dadurch die sociale Stellung der unehelichen Mütter wie der unehelichen Kinder heben zu können, die freilich in der Hauptsache von materiellen und weniger von idealen Faktoren abhängig ist. Uebrigens besteht wohl diese Uebung heute schon vielfach im Leben, ohne daß ein Gesetz hierüber etwas bestimmte. Ob die Initiantin schließlich den gewünschten Zweck erreichen und die gewünschte Bestimmung in das Zivilgesetz Aufnahme finden wird, bleibt abzuwarten.

## Versammlungen.

**Der Centralverband der Maurer** hielt am 15. Novbr. im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, in der über die Verlängerung des Vertrages Beschluß gefaßt werden sollte. Kollege Vanjer gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und die Wirkungen des Vertrages in diesem Jahre und hob hervor, daß trotz der großen Antipathie, welche damals bei der Vertragsabschlussung unter einem großen Teil unserer Kollegen herrschte, dieselben doch im Laufe der Zeit von der Notwendigkeit eines Vertrages überzeugt wurden. Redner ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf unsere augenblickliche Lage für uns die zwingende Notwendigkeit erwächst, den Vertrag zu erneuern. Den Ausführungen des Redners folgte eine längere Diskussion, in der sich Wud, Veder, Silberbachmidt, Wenzler und andre im Sinne des Referenten aussprachen. Einige Änderungsanträge wurden dann nach kurzer Debatte abgelehnt, und folgender, von der Verbandsleitung gestellter Antrag gegen sechs Stimmen angenommen:

„Die Versammlung beauftragt ihre Vertreter in der Abzweckungskommission, zwecks Verlängerung des Vertrages über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf ein weiteres Jahr mit den Vertretern der Arbeitgeber in Verhandlung zu treten.“

Unter Verschiedenes wurde betreffs der Sammlung zum Streikfonds noch folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung beschließt, daß in der Woche vom 24.—30. November zum letztenmal zum Streikfonds gesammelt wird. Karten, welche bis zum 30. November in Ordnung sind, erhalten den Schutzstempel“. Nachdem noch Schulz die Versammelten auf die Verlängerung der Arbeitszeit

in dieser Woche hingewiesen hatte, erfolgte mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung Schluß der imposanten Versammlung.

**Der Arbeiter-Sängerbund** hielt am Sonntag, den 10. d. Mts. in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschuß-Sitzung ab. Die beiden Vereine „Freie Sänger“ (Oranienburg) und „Hoffnung“ (Berlin), welche sich zur Aufnahme gemeldet hatten, wurden dem Bunde als zugehörig erklärt. Der Arbeiter-Samariterkolonne und dem Arbeiter-Schwimmerbund werden für ihre Bemühungen beim Sängerkreise eine Entschädigung von 100 resp. 50 M. bewilligt. — Sodann wurde scharf getadelt, daß der Turnverein „Fichte“ zu einem Vergnügen den „Schäferschen Sängerverein“ engagiert hatte, welcher sich nie um untre Interessen kümmere. Dem Antrag, die Flugblätter, welche von der Liebergemeinschaft herausgegeben sind, den Mitgliedern des Bundes unentgeltlich zuzustellen, wird zugestimmt.

**Charlottenburg.** Am Mittwoch, den 13. d. Mts., tagte eine öffentliche Versammlung der Maler und verwandten Berufsge nossen im Lokal von Leder, Bismarckstr. 74, in welcher Genosse Apotheker Bogel über: „Was für ein Interesse müssen die (besten) Gewerkschaften an der Vertretung im hiesigen Stadtparlament haben“, sprach. Redner führte verschiedene Mißstände der hiesigen Stadtverwaltung, „Submissionswahlen“ zc. an und forderte auf, sich recht zahlreich an den Stichwahlen zu beteiligen. Labude und Flemming gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Beteiligung an den Stichwahlen seitens der Maler besser sei als bei der Hauptwahl. Genosse Menge sprach sodann über: „Die Bedeutung der paritätischen Arbeitsnachweise für die Arbeiterkassen.“ In einem längeren, gut durchdachten, sehr beifällig aufgenommenen Vortrage führte er die Vorteile der paritätischen Arbeitsnachweise gegenüber denen der Unternehmervereine und Innungen vor Augen. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner im Sinne des Referenten aus und wurde folgende Resolution angenommen: Die heute am 13. Novbr. tagende öffentliche Versammlung der Maler und verwandten Berufsge nossen spricht dem Vorgehen des hiesigen Gewerkschafts-Komitees in Bezug auf Einreichung des Antrages: „Den hiesigen paritätischen Arbeitsnachweise für ungelernete Arbeiter zu erweitern für die gelehrten Arbeiter und das Gefinde“, ihre vollste Sympathie aus und hofft, daß diese schon oft gestellte Forderung endlich auch durchgeführt wird. Zum Schluß forderte Flemming die Anwesenden, welche noch nicht organisiert sind, auf, sich dem Verband anzuschließen und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Vereinigung der deutschen Maler und verwandten Berufsge nossen.

**Groß-Lichterfelde.** Der socialdemokratische Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz hielt am Mittwoch seine Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Schoenlant in der üblichen Weise. Hierauf nahm Genosse Wehler das Wort zu einem einstündigen, sehr instruktiven Vortrag über Arbeiterversicherung. In der Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm Genosse Kersting Veranlassung, die Genossen auf die Wichtigkeit der Versammlungen der Krankenlosen hinzuweisen, die leider sich keines guten Besuches zu erfreuen hätten. Seitens des Vorstandes wurde der Versammlung ein Antrag betreffend den Ausbau der örtlichen Organisation unterbreitet und vom Genossen Wenzel eingehend begründet. Der sehr lebhaften und langen Debatte folgte die einstimmige Annahme des Antrages.

**Hildorf.** Der socialdemokratische Wahlverein Hildorf hielt am 13. d. M. in Apollo-Theater, Hermannstr. 48—50, seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Dr. Bruno Schoenlant. Genosse Robert Schmidt hielt hierauf einen vorzüglichen, beifällig aufgenommenen Vortrag über „Deutschlands Handelsverträge“. Eine Diskussion über diesen Vortrag fand nicht statt. Neu aufgenommen wurden 79 Mitglieder. Das Parteitagungsprotokoll soll den Mitgliedern für 30 Pf. abgegeben werden. Um den Kassierer zu entlasten, sollen die Mitglieder ihre Beiträge so viel wie möglich in den Zahlstellen regeln.

**Lichterberg.** Mit den bevorstehenden Gewerkschaftswahlen in Lichtenberg beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter von Lichtenberg, Rummelsburg und Umgebung.

Nachdem Bräukle die Art und Zuständigkeit sowie Thätigkeit der Gewerkschaften erläutert hatte, protestierte derselbe im Namen seiner Kollegen gegen den Beschluß der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung sowie des früheren provisorischen Wahlkomitees, wonach den im Handels- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeitern nur ein Kandidat von vierzehn zugestanden wurde. Es sei dies ein um so größeres Unrecht, als man dem Vangewerbe vier Kandidaten zuzurechnen, obgleich nur circa 20 Kaufmann am Orte existierten, gegenüber 253 selbständigen Unternehmern, welche Handels- resp. Transportgeschäfte unterhalten. Die Versammlung beschloß, als Kandidaten zum Gewerkschaftswahlrecht für die Gruppe Handel und Verkehr die Kollegen Karl Bräukle, Berl. Leisingstr. 4, und Gustav Wackhaus, Blumenthalstr. 27, vorzuschlagen und protestierte in einer Resolution gegen die von dem Referenten geschilderte Vorschlagsstellung.

**Herzfelde.** Am 10. November tagte im H. Henze'schen Saale hierzulande eine Volksversammlung, die sehr gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zur Ehre des verstorbenen Genossen Bruno Schoenlant von ihren Plätzen. Zum 1. Punkt referierte Genosse Th. Regner, Berlin unter reichem Beifall über die gegenwärtige politische Lage. In der Diskussion sprach dann der Herr Amtsvorsteher Klein zu Herzfelde. Die Not, die jetzt herrschen sollte, wäre nicht so schlimm, wenigstens nicht in Herzfelde, aber die Socialdemokraten machten die Leute unzufrieden durch ihre heftigen Reden, und diese heftigen Redatoren „mühten einfach geknagt werden“. Genosse Regner erwiderte ihm, daß wir es nicht nötig hätten zu hegen, denn die niedrigen Löhne, die hier und in der Umgebung gezahlt werden, würden die Leute kaum zufrieden machen, und ob dann die hier Anwesenden alle keine Deutschen wären und ob er gleich einen Strich mitgebracht hätte, dann könnte das Hängen ja losgehen. Genosse Schröder aus Herzfelde für denn auch sofort in der Lage, ein Beispiel dafür zu erbringen, wie die Unzufriedenheit erregt wird. Sein 64 Jahre alter Vater, der längere Zeit keine Arbeit gehabt hat und jetzt die Woche 6 M. verdient, soll noch Steuern zahlen. Da er dieselben nicht entrichten konnte, wurde ihm die Wandsuhr gepfändet. Nachdem noch die Genossen Feuerherd und Wobslana mehrere Mißstände im Gemeinwesen geschildert hatten, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

**Produktenmarkt vom 18. November.** Getreide. Heute enthielt sich in Oesterreichlicher Reichthum. Ausland, das bereits wiederholt als Käufer für Weizen aufgetreten ist, war mit getragenen und dringlichen Orders am Markt, wodurch eine Preissteigerung um etwa 1/2 M. erzielt wurde. Weizen wurde von dieser Bewegung nicht berührt, da Amerika schwache Tendenz meldete, und konnte sich nur behaupten; die Umstände waren sehr klein. Weizen lag die Verhältnisse am Markt für Weizen. Amerika kam matter, Oesterreich-Ungarn nach schwächerem Beginne erholt. Bei uns war Weizen und Roggen sehr still, im Preise schwach behauptet. Amherber rentable Offerten kamen nur aus zweiter Hand. Das Geschäft in Weizen ging schleppend bei kaum veränderten Preisen. Raps blieb sehr still. Spiritus konnte sich um 80 Pf. erholen, gehandelt wurden circa 4000 Liter 70er loco mit 31 M. Schluß für Getreide schwächer.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

100. Natürlich... Schloffer. Unternehmung. Wenden Sie sich an einen der folgenden Vereine: Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Handwerker, Vorsitzende: Frau Ida Salomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18; Friedrich-Wilhelms-Stiftung für Arbeiterinnen, Rathhaus, Zimmer 17—19; Bürger-Notung-Institut, Gr. Präsidentenstr. 7, H. 21. Eine sichere Auskunft ist unendlich zu geben. Man kann annehmen, daß die Bank sich erholt.



# Sirup Pagliano

107/11\*

von

Prof. Ernesto Pagliano

NEAPEL, 4 Calata S. Marco

dessen Verkauf vom Ministerium des Innern, Sanitäts-Direktion Rom, bewilligt worden ist.

**Prämiert**

Nationalen Pharmacie-Ausstellung 1894

Nationalen Hygiene-Ausstellung 1900

**Goldener Medaille.**

**Polyphon-Musikwerke**

Selbstspielende u. zum Drehen mit wechselbaren Metall-Notenschleifen zum

**Phonographen-Grammophone**

erschlossenen Tadellos funktionierende Apparate mit Wachswalzen u. Hartgummiplatten zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

**Phologr. Apparate**

aller Systeme sowie sämtl. Zubehör u. Bestandteile. Nur, erstklassige Fabrikate gegen mässige Monatsraten.

Illustr. Spezialkataloge über jeden Artikel gratis u. franko.

**BIAL & FREUND**  
in Breslau II.

**Künstl. Zähne**

ohne Entfernung der Wurzel  
Schmerzloses Zahnleben.  
Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.  
Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung.

**Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.**

**Reinhold Werner**

Schneidermeister 2617L\*

jetzt nur: Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage

**Elegante Anzüge und Paletots**

nach Mass von 30 M. an. — Telephon Amt VII. No. 23.  
Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

**Puppen-Fabrik**

Otto Kreyszig 2654L\*

Brannenstrasse 119, Laden und I. Etage.

**Grösstes Special-Geschäft für Puppen.**

Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.  
**Gustav Inzer, Brannenstr. 84.**

Knaben-Anzüge und Paletots in grösster Auswahl zu Engros-Preisen. 27572\*

Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.

**200,000 M. gewinnen für 7 M.**

auf 1 Wohlfahrts- und 1 Rotes Los

Ziehung 29. Novbr. bis 4. Decbr. u. 16. bis 20. Decbr. cr.

83,740 bare Geldgewinne im Betrage von 1,150,000 Mark.

Originallose einzeln je M. 3,30; Porto und Liste je 30 Pfg.

Berlin W. 8, Moritz Fraenkel Jr., Friedrichstr. 168.

Begründet 1882.

**Großes Wursteissen** am Bussing im Johannisthaler Volksgarten, Johannisstr. 1, Köpcke- und Friedrichsbrunn-Gr. 18915

Hierzu ladet ein **Aug. Senfleben.**

**Bähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn- u. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Spr. 9-7.

**Damen-Konfektion**

direkt aus der Fabrik.

Kein Laden! —  
Jetzt nach beendeter Engros-Saison

**Einzelverkauf** zu 27972\*

**Engrospreisen:** Capes, Paletots, Jacketts, Abendmäntel, Kinder-Jacketts, Kinder-Paletots in großer Auswahl.

**Damen- u. Kindermäntel-Fabrik Robert Baumgarten**

Hausvogelplatz 11, 2. Etage (Ecke Fernholerstr.) Auch Sonnt. geöff.

**1 1/2 Millionen Mk.**

sind mit einem Los zu gewinnen. Jedes Los mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einsatz, daher kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Ratenlose. Gesetzt, erlaucht! Kein Schwindel! Jeder überzeugt sich und verlange Prospekt.

**P. Seidenfaden, Mühlhausen 181 (Thüringen).**

**Herren-Anzüge, Paletots**

eleg. Ausführung bei nur gering. Preis.

**J. Kurzberg, parterre, 25662\***

**Stempel-Fabrik** von 22844\*  
**Robert Necht, Berlin S., Cranienstr. 112.** liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Kantons-Lapen, Verfertigung zusammenhängender einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

**Grundstück,** eingezäunt, 90 Ruthen, mit Obstbäumen, Brunnen, Laube, Klostert, 5 Minuten vom Bahnhof, verkaufte für 1700 Mark. 138/19\*

**Joers, Repentit bei Bernau.**

**Weihnachtsbäume**

zu verkaufen. Näheres durch Förster Schulz Dom. Dindorf bei Bagenz resp. Spremberg R. 2. 107/13\*

**Presskohlen**

Masse von 6,50 M. an, Bruch pro Centner 80 Pf. ab Pfalz. Zu haben bei 28106\*

**A. Herrmann Kohlenlager, O. Mühlensstraße 12, SO. Wriezstraße 5.**

**Bruch-Pollmann**

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

**Eigene Werkstatt.** Kleider- u. Hülfs-Krautentfalten Berlin C., 22429\*

**30. Finien-Strasse 30.**

**Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.**

Gerechtes Kranz- u. Blumen-Arrangement, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

**Charlottenburg.**

**F. Kunstmann, Wallstr. 1.**

**Uhren und Goldwaren!**

Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Rostfrei Garantie!

**Geld!** Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **J. Sittner u. Co., Hannover B.**

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.**

6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckereien:** Brangelstraße 9, Krautstraße 19, Falkensteinstr. 28, Laufferstr. 2.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

**Eigene Konfektion.**

**Costümrocke** eleg. Façons.

**Enorm billig** in Kammergarn, Homespun, Tuch u. Seide

6 M. 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., aus Seide 25 M., aus Alpaca 4,50 M., 6 M., bis 30 M., aus Weiss und crème-Cheriot und Pique 3. 5. 7-15 M.

**praktische reinwoll. Jackettkleider** neue Modelle elegante Façons in Covercoat u. Homespun 15 M., 20 M., 25 M., in feiner Ausführung 36 M.

**Morgenröcke** alle Weiten. **Büschelhemden** einschläfende Wiener Streifen 4,50 M., 6,50 M., 8 M., eleg. weisse Kleider 20 M., 25 M., 30 M.

**Seidenblusen** für Ball- u. Gesellschaft 6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

**Golf-Capes** 5,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

**Jacketts** aus Götting, Homespun, moderne Façons, in tadelloser Verarbeitung 10 M., 12 M., 15 M.

**Sackpaletots** 90-110 cm lang, von 12 M.

**Seidenplüsch-Jacketts** **Seidenplüsch-Kragen** glatt, bestickt und bestickt 27 M., 30 M. bis 50 M.

**Schwarze, glatte und bestickte Capes und Kragen** in Götting a. w. w. 10 M., 15 M.

**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße, Maass-Anfertigung.

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Milchgeschäfts-Einrichtungen,** als Milchmel, Milchkannen, Milchleie etc. billig bei Jordan, Kleine Potsdamerstr. 28. 8038\*

**Wardinehands Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\***

**Vorjährige elegante Herrenhosen** aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21, II. 9068\*

**F. Dörge, Dresdenstr. 109.** Herren-Overcoats nach Maß, feinstere Arbeit, großes Stofflager. Paletot 30.-, Anzug 30.-, Hosiery von 5 Mark an. Teilzahlung gestattet. 911K\*

**Weserhandlung, Stoffe zu Damen- Jacken, Capes, Hüte, Stoffe zu Herrenanzügen, Knabenanzügen, Paletots, Abendmäntel, Pulswärmer, graue feinstge Webstoffe, Seiden, Damenanzügen, Winterkleider billig. Vögel, Alexanderstr. 124, Ecke Neuenburgerstr. 12, gegenüber der Kinnouce 5. Preis. 10728\***

**Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig.** Bester Sachen enorm billig. Dönhofs, Comptoir, Berlinerstr. 25A, früher 22418\*

**Zeppiche!** (Lehrstühle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Zeppichler Brunn, Siedelstr. 4, Bahnhof Börs. 119/14\*

**Spezialität!** Zeppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft reichhaltig, Kleberstr. 6. 19776\*

**Nähmaschinen** und Feuer-Verordnung vermittelt Gustav Schmidt, Schulstr. 43, Hol Keller. 8576\*

**Stoppdecken** billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

**Nähmaschinen, preiswerte Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00.** Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Wandbergstr. 22, Köpcke-Str. 60/61. 11215\*

**Möbel-Gegenstände.** Beim Auctionator Otto Videls, Modernstraße 25 (Bahnhofstr.), finden zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungs- u. Posten Säulenträume 30,00, Salonstühle 20,00, Zimmerstühle 8,00, Küchelschänke, Salonarmaturen, Paneele, Sofas, Kuchentische, Kaffee-, Schreib- u. Tischschränke, Salonbilder, geputzte Leuchter, Wanduhren, Divanenden, Stühle, Stoppdecken, Salontische, Tischschreibeisen, 5,00. Verschickene Gegenstände käuflich. Geliefert gegen unentgeltlich. 19138\*

**Gelegenheit!** In meinem großen Möbeldepot mit eigener Lagerwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Tischschreibeisen mit Federmatratze 12, Tischschreibeisen 40, Gabelstühle 18, Schlafsofas 40, Gabelstühle 100. Komplette Einrichtungsgegenstände in jeder Preislage. W. Nothenmann, Möbeldepot, Siedelstr. 4, parterre. 9168\*

**Nähhilfshalber** verkaufe zu Spottpreisen: Näheneinrichtungen, Kleiderbänke, Schreibtische, Schlafsofas 42, Trumeaus, Tischschreibeisen 50, Schreibische, Bettstellen mit Federmatratze, Paneele 80, Gabelstühle 100. Nähmaschinen 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. W. Nothenmann, Siedelstr. 4, parterre. 9171\*

**Strickmaschinen, auch Teilzahlungen.** Bredere, Engel-Unter 20.

**Ringfreie Wäsche** hat noch abzugeben Witzig, Königsbergerstr. 11. \*

**Kanarienvogel** verkauft Brandl, Holzmarktstr. 9. 18776\*

**Kanarienvogel, Kadwahl, 5 Mark an Tag, Vögel, sprechende Papageien, Dampfsägen, Koffelbänke, Strick- u. Bettge, Kistler, Drantenstr. 57. 18925\***

**Zeppiche** mit Federelementen, Fabrikablieferung Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

**Paneele**, wie neu, 50,00, Tischschreibeisen 10,00, Säulenträume elegant 30,00, Kleiderbänke, Bettische, ganze Einrichtung spottbillig. Gartenstr. 148, vom I. Unt. 4130\*

**Vereinigungs** billig, Schloßstr. 25, parterre. 19016

**Wett umhändler**, 17.-, Zeppich, Köpcke-Str. 26 III, Unt. 19876

**Reparatur,** gangbar, passend für Anfänger, umständlicher billig verkauft, Algenstr. 1. 1989b

**Cigarrengeschäft** 550, Preise 800, zu verkaufen, Näheres bei Marx, Siedelstr. 4, parterre. 437\*

**Paneele**, wie neu, 45, verkauft absehbare Untenstr. 157 I rechts.

**Rechtsbureau, Julius, Uffertstr. 55. 19615**

**Wandwerker!** Mein Werkwagen-Werkzeug befindet sich jetzt: Neue Köhlerstr. 8, Julius Rapphoff. 18518\*

**Wäckerkauf** und Beheizung Hannemann, Kochstr. 56, I, Unt. 6. 3397, 8872\*

**Wäckerkauf** zu höchsten Preisen. Epstein, Wriezstraße 101. \*

**Wäckerkauf!** Wer hat über diese rechtliche Gesamtheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Wäckerkauf, welche unentgeltlich verschickt werden vom Verlagsgesetz Berlin, Königsbergerstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b

**Wäckerkauf, Köpcke-Str. 60** Häder jeder Art für sämtliche Krankenfällen. 7368\*

**Wäckerkauf!** Empfehle meine Restaurierung zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Pianino nach einige Tage in der Woche frei. Paul Sobus, Köpcke-Str. 33. 9192\*

**Rechtsbureau, Rechtsanwältin, Raterteilung, Andreasstr. dreihundertsechzig. 19705\***

**50 Pfennig!** Stellungsgelude, Briefschaften! Überbillig! Rechtsanwältin, Unfallfällen! Verurteilungen! Raterteilungen! Vinkenstraße 56.

**Ich habe für Herrn Reichstags-Abgeordneten ein ruhig gelegenes möbliertes Zimmer (auch handig) zu vermieten. Näheres bei sehr gütig (Waldstr. 10) mit der Bahn in 10 Minuten zu erreichen. Frau A. Wehlig, Schöneberg, Ederstr. 70, 2 Tr.**

**Herrengarderobe** nach Maß gegen Abnahme von neuen Wäckerkauf Grünauerstr. 33, Wäckerkauf.

**Strassachen, Unfallfällen, Klagen, Ehescheidungen, Alimentenklagen, Eingabengehülde, Raterteilung, Walfow, Köpcke-Str. 141. Substanz geöffnet.**

**Buchbinderei, Fiedler, Charlottenburg, Trammstr. 66, Eingang Schillerstr. Anfertigung jeder Art Bucheinbände. 7141\***

**Vermietungen.**

**Großer schöner Keller** mit vielen Kammern, passend für Milchgeschäft, Bierverlag etc. zu vermieten. Gehrdtstr. 45. 9042\*

**Zimmer.**

**Möbliertes Balkonzimmer** zu vermieten. Rantaustr. 21, vom I. Unt. \*

**Leere Stube** zu vermieten. Wäckerkauf 4, an der Köpcke-Str. 60, bei Tirol. 2000b

**Schlafstufen.**

**Möblierte Schlafstube, allein, Ederstr. 85, Ruhig. 7124\***

**Möblierte Schlafstube** für 2 anständige Herren, Gröfstr. 35 bei Fr. Ding. 13315\*

**Tüchtigen Begehrgehilfen** verlangt Schwemmerstr. 107. 1992b

**Gedultige Glasbläser** für Klagen, röhren und Glühlampen verlangt Erhardt, Vinkenstraße 112. 1978b

**Wäckerkauf** verlangt Andreasstr. 10. 1988b

**Wäckerkauf, Besizer, Zusammen-** feher verlangt Wäckerkauf, Grüner Weg 79, Ausgang 5. 1989b

**Tüchtiger, nur erste Kraft, sucht** Arbeiter-Gesangsverein Wäckerkauf für Dienstag oder Mittwoch. Offerten an A. Wäckerkauf, Berlinerstr. 85 III.

**Tüchtiger Wäckerkauf** auf Gold- leihen sofort verlangt. Wäckerkaufstr. 15. 1995b\*

**Wäckerkauf** oder Wäckerkaufinnen auf Goldleihen verlangt. A. Wäckerkauf, Schmidstr. 8a. 18915\*

**Arbeiterinnen** zum Wäckerkauf für kleine Glühlampen verlangt Erhardt, Vinkenstraße 112.

**Im Arbeitsmarkt** durch belandenen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Achtung!**

**Wäckerkauf - Arbeiter!**

Der Zugang von Wäckerkauf- Arbeitern aller Branchen ist wegen Lohnverhinderung bei der Firma C. Wäckerkauf, Berlinerstr. 85, Wäckerkauf, Wäckerkaufstr. 32, streng fernzuhalten. \*) Die Wäckerkaufverwaltung.

**Achtung! Achtung!**

**Wäckerkauf - Arbeiter.**

In der Holzverarbeitung-Fabrik von Wäckerkauf, Wäckerkaufstr. 2, haben sämtliche Wäckerkauf- Arbeiter wegen Lohnverhinderung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 83/2 Der Vorstand.

Einiges vom Fall Münch.

Man schreibt uns: Der traurige Fall des früheren württembergischen Reichstags-Abgeordneten Herrn v. Münch ist seit mehreren Jahren zu einem wahren Monstrum der „Rechtspflege“ ausgewachsen. Einige besonders traffe Sinnlosigkeiten und Ungehörlichkeiten verdienen allgemeine Beachtung. Die ganze Fülle des wertvollen Materials zum Kampfe gegen die Bureaukratie und ihre gemeingefährlichen Einflüsse zu erschöpfen, verbietet leider der Raum. Doch beginnen wir!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei E. Jüdicke, Dennewitzstr. 13, eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse R. Fischer spricht über „Krise und Arbeitslosigkeit“. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, im Restaurant „Wilhelms-Hof“, Ebersstraße 80: Versammlung des Wahlvereins. (Siehe Inserat.)

Hilberich. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet in Gröplers Salon, Bergstraße 147, eine Volksversammlung statt. Das Referat hält Reichstags-Abgeordneter Genosse E. Rosenow: „Welches Interesse haben die Frauen an der Ablehnung des neuen Posttarifs?“

Grünau. Die Parteigenossen Berlins und der Vororte wollen bei Anlässen am Mittwoch beachten, daß in Grünau einzig das Lokal „Zur grünen Ede“, Köpnickstraße 68, zu beachten ist. Das Lokal von Lindenhanu ist gesperrt.

Lokales.

Rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit.

„Die Vorschrift, daß öffentliche Versammlungen an Sonn- und Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, ist rechtswidrig!“ So hat kürzlich das Kammergericht entschieden. Diese Entscheidung betrifft einen Fall, der sich in Elstift ereignete. Da aber das Kammergericht in Angelegenheiten, die sich auf preussische Gesetze und Verordnungen beziehen, die höchste gerichtliche Instanz ist, so muß das vorbeschriebene Urteil auch angewandt werden auf die Polizei-Verordnung, welche in Berlin die Abhaltung öffentlicher Versammlungen an Sonn- und Feiertagen während des Hauptgottesdienstes verbietet.

Die Vorschrift, daß öffentliche Versammlungen an Sonn- und Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, ist rechtswidrig! So hat kürzlich das Kammergericht entschieden. Diese Entscheidung betrifft einen Fall, der sich in Elstift ereignete. Da aber das Kammergericht in Angelegenheiten, die sich auf preussische Gesetze und Verordnungen beziehen, die höchste gerichtliche Instanz ist, so muß das vorbeschriebene Urteil auch angewandt werden auf die Polizei-Verordnung, welche in Berlin die Abhaltung öffentlicher Versammlungen an Sonn- und Feiertagen während des Hauptgottesdienstes verbietet.

Die Vorschrift, daß öffentliche Versammlungen an Sonn- und Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, ist rechtswidrig! So hat kürzlich das Kammergericht entschieden.

Die Vorträge über Fragen aus dem Gebiete der Hygiene, die in den letzten beiden Wintern von der Centralkommission Berliner Krankenkassen veranstaltet worden waren, sollen in dem kommenden Winter fortgesetzt werden.

Die Konferenz für Regelung des Milchverkehrs, die heute auf Einladung des Landwirtschaftsministers zusammengetreten ist, zeigt eine Zusammensetzung, die ihres Erachtens nicht ohne Grund, von den hiesigen Milchpächtern mit Mißtrauen betrachtet wird.

Im Berliner Milchkrieg wird jetzt, wie uns aus der Umgegend von Berlin als verächtlich mitgeteilt wird, von vielen an den Milchring angeschlossenen Landwirten nach der Parole gehandelt: „Nette sich wer kann!“

Die Konferenz für Regelung des Milchverkehrs, die heute auf Einladung des Landwirtschaftsministers zusammengetreten ist, zeigt eine Zusammensetzung, die ihres Erachtens nicht ohne Grund, von den hiesigen Milchpächtern mit Mißtrauen betrachtet wird.

Im Berliner Milchkrieg wird jetzt, wie uns aus der Umgegend von Berlin als verächtlich mitgeteilt wird, von vielen an den Milchring angeschlossenen Landwirten nach der Parole gehandelt: „Nette sich wer kann!“

Im Berliner Milchkrieg wird jetzt, wie uns aus der Umgegend von Berlin als verächtlich mitgeteilt wird, von vielen an den Milchring angeschlossenen Landwirten nach der Parole gehandelt: „Nette sich wer kann!“

Milchkrieg betreffenden Mitteilungen, Flugblätter und Blätter der Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Die Wirtschaftsgenossenschaft der Bäckereimeister kündigt an, daß sie ihre Milchlieferungen in früherem Maße wieder aufnimmt, da ihr wieder genügend Milch zu Gebote steht.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über den Ankauf von Bauland zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes und für den neu zu errichtenden Fleisch-Engrosmarkt beschloß heute unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Heller und in Gegenwart des Magistratsverwalters Stadtrat Kellner nach Anhören von Sachverständigen: 1. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes sowie für den Fleisch-Engrosmarkt die beiden Grundstücke der Mitteldeutschen Kreditbank und des Fürsten zu Stolberg-Bernigerode von 78 795 Quadratmeter = 6196 Quadratratern, bezw. 78 954 Quadratmeter zum Preise von 400 M. pro Quadratrate, bezw. — das letztere Grundstück — von 82 M. pro Quadratmeter angekauft werden.

Die Versammlung der Schulkommissions-Vorsteher, welche heute, Dienstag, stattfindet, wird sich u. a. mit folgenden Vorschlägen beschäftigen: 1. Die deutsche Grammatik mit in die Liste der Bücher aufzunehmen, welche an Kinder unmittelbarer Eltern verabsorbt werden; 2. die Schuldeputation zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen: a) daß die Fremdwörter im schriftlichen Verkehr sowie in Drucksachen, Schulangelegenheiten betreffend, vermieden werden; b) daß in den Monaten Februar und August in den Zeitungen darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Eltern solcher Kinder, die letztere für höhere Schulen angemeldet haben, verpflichtet sind, dieses dem Schulkommissions-Vorsteher ihres Bezirkes anzugeben.

Anfälle auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthofe. In der Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 sind auf der Verbandsstation des genannten Instituts während der Dienststunden 1511 Fälle von früheren Verletzungen — davon 82 in der Nacht — zum Verbands gelangt. In 43 Fällen mußten die Verletzten in ein Krankenhaus oder in ihre Wohnung gefahren werden.

Invalidenhaus für Tuberkulose. Das vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin in Lichtberg (Dorfstraße) eingerichtete Invalidenhaus für Tuberkulose ist in der vorigen Woche seiner Bestimmung übergeben worden. Das Invalidenhaus ist dazu bestimmt, Personen, die Invalidenten beziehen, an Stelle der Rente vollständigen Unterhalt zu gewähren. Die Kosten des Unterhalts übersteigen natürlich die Rente um ein Mehrfaches. Das Invalidenhaus wurde kürzlich von den Herren Geheimrat Robert Koch und Dr. Franke unter Führung des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, besichtigt und fand den vollsten Beifall. Das neue Heim ist unter der verdienstvollen und sachkundigen Mitwirkung des Herrn Verwaltungsdirektors Werke eingerichtet worden.

Fabrikbetrieb und Zwangsbeitrag. Der Handelsminister hatte seiner Zeit im Reichstage erklärt, daß er die Frage der Heranziehung von Fabrikbetrieben zu den Zwangsmitgliedern einer näheren Prüfung unterziehen wolle. Die Folgen dieser näheren Prüfung scheinen nunmehr zu Tage zu treten. Während man bisher annahm, daß die Regierungspräsidenten, in Berlin der Oberpräsident, die oberste und endgültigste Instanz in dieser Frage waren, gegen deren Entscheid es keine weitere Berufung gäbe, zeigt folgendes Schreiben, daß eine Beschwerde an den Minister wohl von Erfolg begleitet sein kann.

Einem traurigen Ausgang hat ein Familienzwist genommen, der sich am Sonnabend in dem Hause Plauerstr. 91 abspielte. Hier wohnte seit dem 1. Juni d. J. im dritten Stock des Ouergebäudes der 23 Jahre alte Malergehilfe Albert Poffin, aus Landsberg a. W. gebürtig, mit seiner zwei Jahre älteren Frau Mathilde geb. Schlupf, die aus Pallowitz im Kreis Weß stammt. Die Leute kamen sich seit zwei Jahren und heirateten sich am 1. Juni. Am 9. August wurden dem Ehepaar Zwillingssöhne geboren, die die Namen Albert und Walter erhielten. Poffin wird als ein fleißiger Mensch geschildert. Er hatte ständige Arbeit bei einem Meister in der Fürstenstraße. Seine Frau war ohne Grund sehr eifersüchtig. Der Ehezwist steigerte sich noch dadurch, daß Frau Poffin, die katholisch war, vor 14 Tagen die beiden Söhne gegen den Willen ihres evangelischen Vaters katholisch taufen ließ. Als Poffin am Sonnabendmorgen zwischen 8 und 9 Uhr nach einem heftigen Streite zur Arbeit gehen wollte, vertrat ihn seine Frau den Weg. Beim Gehn er sie, entfernte sie mit Gewalt und ging dann weg. Bald darauf begab sich Frau Poffin zu einer in der Solmsstraße wohnenden Schwester. Sie sagte ihr ihr Leid und erklärte, daß sie sich das Leben nehmen und auch ihre Kinder töten werde. Aufkommend etwas beruhigt, lehrte sie um 10 Uhr nach Hause zurück. Als ihre Schwester sich mittags freimachen konnte, ging sie nach dem Plan-Weg, um einmal nachzusehen, ob nicht doch etwas vorgefallen sei, und fand ihre böse Ahnung bestätigt. Die Wohnung war verschlossen. Als der Reviervorstand sie öffnen ließ, fand man Frau Poffin mit ihren beiden Kindern fast leblos im Bette liegen. Unter dem Bette standen zwei Flaschen mit Scheidewasser und Jodessenz. Der Revierstand stellte bei der Mutter und den Kindern, die alle Vergiftungserscheinungen zeigten, Wiederbelebungsversuche an, wobei ihm die Frau in den Finger biß, und ließ sie dann mit einer Droßke nach dem Krankenhaus am Urban bringen. Hier starben beide Kinder im Laufe der Nacht und Frau Poffin Sonntagvormittag um 10 Uhr.

Von einem Geschäftswagen ist gestern Abend um 1/2 Uhr die sechsährige Vertha Schrader in der Poststraße überfahren worden. Das in der Heiligengeiststraße wohnhafte Kind wurde so schwer verletzt, daß es bereits auf dem Transport nach der Anfallstation starb.

Ein Stützenbild. Der 43jährige Schlosser Morawski, der aus einer gut situierten Familie in einer kleinen Stadt Posen stammt, hatte bis vor zwei Jahren dort eine eigne Schlosserwerkstatt betrieben. Morawski siedelte dann mit Frau und Kind nach Berlin über und fand hier sofort lohnende Arbeit in einem großen Fabrik-Etablissement des Nordens, wo er bis Ende August dieses Jahres thätig war. Im diese Zeit machte der Schlosser die Bekanntschaft einer Prostituierten, die den bisher soliden Mann derartig an sich fesselte, daß er die Arbeit aufgab, Frau und Familie

im Stich ließ und mit dem Mädchen zusammenzog. Mit ihm vergendete er seine nicht unbeträchtlichen Ersparnisse; als er jedoch mit seinem Geld zu Ende war, verließ ihn die Dame. Am Sonntagmorgen wurde er in die Wohnung gebracht, wo er sich in der Wohnung der Frau, die mit ihren Kindern von wohlhabenden Verwandten unterhalten wurde, wieder auf und versuchte, die Verzeihung der beleidigten zu erlangen. Als ihm Frau M. ein weiteres Zusammenleben rüchweg abschlug, ergriff der Schloffer ein auf dem Tische liegendes Protokoll und ließ sich dasselbe vor den Augen der Gattin in die Brust. Schwere Verletzung, da der Stich in die Lunge gedrungen, wurde M. aus der in der Müllerstraße belegenen Wohnung in ein städtisches Krankenhaus gebracht.

**Seine Braut vergiftet** hat der 28 Jahre alte Maschinenmeister Döbler, der gestern von der Kriminalpolizei verhaftet und nach einem von ihm abgelegten Geständnis ins Untersuchungsgefängnis abgeführt worden ist. D. hatte im Mai dieses Jahres mit der neunzehnjährigen, aus guter Familie stammenden Angehörigen A. ein Verhältnis angeknüpft, welches nach bisher dem Mädchen gemachten Zusagen kurz nach Weihnachten zur Heirat führen sollte. Als die A. ihrem Bräutigam mitteilte, daß sie sich Mutter fühlte, kam er auf Mittel, um die Folgen des Verlehrs zu beseitigen. Er ließ sich unter dem Vorwande, daß er Gift zur Beseitigung von Ratten in seiner Wohnung brauche, von seinem Polizeirevier einen Giftschrein anstellen, auf dem er eine ziemliche Quantität Phosphor in einer Drogenhandlung erhielt. Sodann bestellte er seine Braut in seine Wohnung in der Holzmarktstraße, wo er dem Mädchen ein Gewürz von Kalium und Phosphor als Abortivmittel reichte. Er selbst will am jenen Tage den Trank geloset haben. Nach seiner Darstellung soll die Wirkung des Getränks bei der A. ausgeblieben sein, die mit ihrer Einwilligung das giftige Mittel zu sich genommen habe. Einen Tag später hat sie heftige Schmerzen in stärkerer Dosis getrunken. Sofort stellten sich heftige Schmerzen ein, die den D. veranlaßten, seine Braut ihrer Mutter zuführen. Vergebens suchte die letztere sowie der sofort herbeigeholte Arzt von der Schwere der Krankheit eine Aufführung über die Vorgänge zu erhalten; das Mädchen starb wenige Stunden später, ohne sich hierüber geäußert zu haben. Es wurde jedoch von dem Dienstmädchen der Zimmerwirtin des Döblers eine merkwürdige Entdeckung gemacht. Als das Mädchen einen Wassereimer, der in dem Zimmer des D. gestanden hatte, in dem Röhrenaussatz entleerte und auf die schwach abfließende Röhre eine Sodablase gab, entstand plötzlich ein penetranter Geruch. Um denselben zu beseitigen, goß das Mädchen heißes Wasser nach und plötzlich schied ihm eine Blume entgegen. Die entstandenen Gase hatten sich entzündet. Dieser Vorgang brachte die Verzeihung der A. durch Döbler an den Tag, die sonst verborgen geblieben wäre. Die Obduktion der Leiche der A. hatte zwar ergeben, daß es sich um eine Vergiftung handele, aber man wußte an, daß das Mädchen sich das Gift selbst beigebracht hätte. Durch die Nachforschungen des X. Kriminalbezirks wurde dann der Thatbestand festgestellt, wie ihn der gestern verhaftete Döbler bei seinem Geständnis bestätigte.

**Vom Eisenbahnzuge geköpft.** Auf dem Bahnhof der Ringbahn fand man gestern, Sonntagabend, zwischen Tempelhof und Reichstag die Leiche eines Mannes, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Die ganze Leiche lag darauf schliefen, daß der Unbekannte den Tod gesucht hat. Der Kopf ist ihm durch die Räder eines Zuges vom Rumpfe getrennt worden. Die Leiche wurde zunächst an der Seite des Bahndamms geborgen und dann nach der Halle des alten Nixdorfer Kirchhofs gebracht. Der Totefahrener scheint seinem Verstorbenen nach Arbeiter und kann über zwanzig Jahre alt gewesen zu sein. Er ist 1,64 Meter groß, hat dunkles Haar und ein bartloses Gesicht. Er trägt ein graugrünes Jackett mit Weste, schwarze Hosen, einen schwarzen, weichen Hut, ein rotgestreiftes Barthaarband, graubraune Strümpfe und abgetragene Zugstiefel. In seinen Kleidstücken fand man einen kleinen röhrenförmigen Werkzeugsplan von Berlin, zwei Schlüssel an einem Ringe und ein Taschenuhrwerk mit einer Schale aus Weißblech.

**Durch Fälschung von Anzeigepapieren** hatte ein in der Nacht zum Montag abgehakter Einbrecher einen ganz neuen und unschuldigen Menschen aus sich gemacht. In der Bäckerstraße entpuppte man einen Menschen, als er mit einem Einbruch beunruhigt war. Der Mann nannte sich Albert Joenge und hatte auch Papiere auf diesen Namen. Die Kriminalpolizei forschte in allen Alken nach, fand aber diesen Namen nicht. Es scheint, daß man es mit einem noch unbelasteten Neuling zu thun hatte, bis der Erkennungsdienst die überaus feine Ausfertigung brachte, daß der Beschonmene ein schon mehrfach bestraffter Einbrecher namens Friedrich Joenge ist. Der alte Einbrecher hatte sich die neuen Papiere sehr geschickt gefälscht, aber nicht an die Mehrkosten des Erkennungsdienstes gedacht.

**Durch einen Sturz mit der Leiter** verunglückte gestern, Montagvormittag, ein 20 Jahre alter Klempner Scholz, der bei dem Meister Drechsler beschäftigt ist, auf dem Grundstück am Weidenschen Markt 9. Hier wurde gestern die Konditorei von Scheffer eröffnet. Am Hofe hatte man einen Aufzug angebracht. Als man damit fertig war, wollte Scholz einen Haken aus der Wand ziehen. Hierbei fiel er mit der Leiter und zog sich einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Armes zu. Der Schwerverletzte wurde beschleunigt mit einer Droschke nach der Charité gebracht.

**Feuernachrichten.** Ein größerer Dachstuhlbrand kam Sonntagabend 8 Uhr in der Reichsbergerstraße 48 zum Ausbruch und beschäftigte die Wehr fast zwei Stunden. Das auf dem Boden ausgekommene Feuer griff so rasch um sich, daß bei Anbruch der Wehr bereits mehrere Dachkammern in Flammen standen. Eine starke Verqualmung erschwerte den Löschangriff und trieb zugleich die Bewohner der oberen Stockwerke aus ihren Wohnungen. Einige Mieter hatten sich auf den Bodenkammern Landensklage und Janindensfälle angelegt und versagten nun den Verlust sämtlicher Tiere, die teils verbrannt, teils erstickt sind. Eine Reihe Bodenkammern samt einem Teile des Dachstuhls wurden eingeschert. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist Bestimmtes nicht ermittelt. Kurz vorher brannte Andreasstraße 63 ein Sofa und der Fußboden in der Küche. Montag früh 8 Uhr gingen Willibald-Kriegstraße 32 Möbel und Meider in Flammen auf.

**Auf der Treptow-Straße** wird am Samstag, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, Direktor Ardenhold eine Bedenkrede auf den 30jährigen Todestag Tschobrades halten. Gleichzeitig wird die Tschobrad-Ausstellung an diesem Abend geschlossen. Das Thema des 7 Uhr Vortrages lautet: „Die Wohnbauverhältnisse der Welt“. Da der Abend an diesem Tage schon von nach 4 Uhr an sehr günstig zu beobachten ist, so bleibt das Institut bis 11 Uhr abends geöffnet. Die Direktion hat für diesen Tag die Preise des billigen Sonntags angesetzt. Das „Astronomische Museum“ ist frei und die Beobachtung lohnt die Döste.

**Durch einen Mozartabend** hat die „Freie Volksbühne“ ihre Mitglieder erfreut. Das am Sonntagabend bei Papp veranfaßte Winterfest diente ausschließlich dem Andenken des Licht- und Liebesgenies der Musik, wie Wagner den großen Tonbildner treffend nennt. In dem mit einem sinnvollen Titelbild ausgestatteten Programmheft, das den Aufwendern überreicht wurde, war der Weidensweg geschildert, den auch dies in seinen Werken so sonmig leuchtende Genie wandeln mußte, zuerst unter den beschimpfenden Mißhandlungen eines rohen Kirchenfürsten, dann im fernen Ägypten nach Vort, das ihm bei aller äußeren Anerkennung zuweilen in des Wortes bitterster Bedeutung fehlte.

Das Fest am Sonntagabend schien anfangs gar nicht zu stande kommen zu sollen. Die Künstler, welche ursprünglich für den vollen Teil des Konzerts ihre Mitwirkung zugesagt hatten, liegen im letzten Augenblick die Besetzung in Stich. Doch gelang es, in den Damen Wolff, Dreyer und Kappoth sowie in Herrn Vinge neue Gesangskräfte zu gewinnen, die ihrer Aufgabe dem auch bestens gerecht wurden. Allerdings hatte das Programm begreiflicherweise wesentlich geändert werden müssen. Der instrumentale Teil wurde vom Berliner Tonkünstlerverein unter Leitung des Herrn v. Blon ausgeführt. Wir hatten mehrfach Gelegenheit, diese Kapelle zu rühmen. Auch am Sonntagabend spielte sie vorzüglich.

### Aus den Nachbarorten.

**Zu Teltow** haben ebenfalls unsere Parteigenossen bei den Stadtverordnetenwahlen einen glänzenden Sieg errungen. Am Montag erhielten unsere Kandidaten, Zimmerer Wilhelm Röder und Bauer Kehler je 101 Stimmen, die Gegner hingegen nur 67 Stimmen. Röder gehörte dem Stadtverordnetenkollegium schon früher 6 Jahre an, konnte jedoch vor zwei Jahren nicht wiedergewählt werden, da unsere Parteigenossen infolge des Bürgerrechtsgesetzes nicht genügend Wähler aufbringen konnten. Dies Verfaumnis ist inzwischen nachgeholt worden. Mit wenigen Ausnahmen sind diesmal die Arbeiter an die Leme getreten.

**Erhebungen über die Arbeitslosigkeit** giebt es auch im Kreise Niederbarnim. Der Landrat hat „angeichts der in einigen Ortschaften des Kreises für den Winter drohenden Arbeitslosigkeit“ die Ortspolizeibehörden aufgefordert, binnen acht Tagen zu berichten, welche öffentlichen (von Gemeinden, anderen Korporationen, Vereinen, Zimmern etc.) betriebenen Arbeitsnachweise in ihren Bezirken bestehen, und ob die Arbeitsnachweise mit auswärtigen Einrichtungen gleicher Art zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage in Verbindung getreten sind. Uns soll verlangen, was dabei zur Verringerung der Not herauskommen wird.

**In ihrem Laden angefallen und beraubt** wurde am Sonntagabend gegen 9 1/2 Uhr die Milchhändlerin Emilie Scholz aus der Worbungr. 11 zu Schöneberg. Frau Scholz hatte bereits die Kasse in die Tasche gesteckt und war mit dem Austräumen des Ladens beschäftigt, als noch eine Kundin, Frau Möhring kam, eine Kleinigkeit kaufte und ein Goldstück wechseln ließ. Beim Verlassen des Ladens bemerkte Frau Scholz, dem gegenüber der Straßenbahnhof liegt, sah Frau Möhring zwei Männer an dem Fenster stehen und in den Laden hineingehen. Die Männer und die Frau drehten sich gleichzeitig nach einander um und sahen sich an. Frau Möhring ging dann aber gleich weiter. Bald darauf betrat der Mann den Laden und erzählte Frau Scholz, ihr Mann, der sich in einer benachbarten Wirtschaft befand, lasse sie um etwas Geld bitten. Die Frau lehnte das ab und blieb dabei, daß ihr Mann selbst kommen möge, wenn er Geld haben wolle. Unterdessen waren die beiden Fremden immer näher an die Frau herangekommen. Plötzlich trat ihr nun einer auf beide Hüfte, griff ihr mit einer Hand an die Achse und fahnte mit der andern ihre beiden Hände, mit denen sie sich zu wehren suchte. Der andere rief ihr die Schürze ab, unter der die Kasse hing, griff in diese hinein und beraubte sie fast des ganzen Inhalts im Betrage von 8 Mark. Dann ließen die Räuber davon und entliefen, obwohl die Hebelkassette um Hülfe rief. Frau Scholz beschrieb die Räuber als Männer von etwa 30 Jahren. Beide hatten frisches rotes Gesicht und blonden Schnurrbart. Der eine ist etwa 1,70 Meter groß und trug ein helles Jackett und einen steifen, dunklen Hut, der andere ist klein und unterseht und trug eine braun gestrichelte Unterjacke und annehmend eine Madfahrmütze. Frau Scholz hat noch deutliche Wagemale am Halse. Ihre Beschreibung der Räuber bestätigte Frau Möhring, die gestern ebenfalls von der Kriminalpolizei vernommen wurde.

**Zu Jekendorf** ist das Schulleid für auswärtige Schüler an den höheren Lehranstalten von 110 auf 130 M., an den Vorkursen von 130 auf 150 M. erhöht worden. Es ist eine Bewegung am Orte zur Errichtung einer Realschule in Gange, obgleich zur Zeit kein Platz für die Unterbringung solcher Schüler vorhanden ist und selbst die Gymnasialien in der Gemeindefolge unterrichtet werden. — Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehrt am Orte werden gegen Unfall versichert. Die Versicherungssumme beträgt für den Todesfall 10 000 M., für den Invaliditätsfall 20 000 M. und für den Krankheitsfall 4 M. den Tag auf 300 Tage. — Näheres soll die am Orte eingeleichte Gesundheitskommission Bericht erstatten. Leider hat diese Kommission es nicht für nötig gehalten, auch Arbeiter zur Auslastung heranzuziehen. Wertwürdigerweise soll auch über die Beratungen Stillstände berichtet werden. Hoffentlich bringt bei den Remoahlen im Frühjahr 1902 die Arbeiterschaft etwas Lebendigkeit in die Gemeindevertretung.

**In Nixdorf** ist gestern das neue Amtsgerichts-Gebäude eingeweiht worden. Der „Justizpalast“ ist mit einem Kostenaufwand von 1 1/2 Millionen Mark erbaut worden.

**Der Schlächter Niedbalski** in der Nummernstraße 67 zu Nixdorf teilt uns zu der in Nr. 263 von uns gedruckten Meldung mit, daß das bei ihm beschlagnahmte Fleisch abgestempelt gewesen sei. Als ich das geschlachtete Rind zum Zwecke des Kaufs bei dem Großschlächtermeister Diller bestellte, so schreibt uns der Herr, „zeigte ich ausdrücklich darauf, ob dasselbe bereits untersucht sei, und als diese Frage verneint wurde, verlangte ich, daß es erst untersucht werden sollte, bevor ich es kaufen könnte. Als der Herr des Herrn Diller einige Stunden später wegen des Rindes nochmals zu mir kam, bestellte ich er mir auf meine Frage, daß es untersucht sei. Als mir das Fleisch dann gebracht wurde, befand sich auf demselben auch ein blauer Untersuchungsstempel.“

Es fragt sich nun, wer den Stempel auf das ungenießbare Tuberkelkrankes Fleisch hat. Offentlich wird dieser Fall von der Behörde eingehend untersucht. Seltsam ist es übrigens, daß Herr Niedbalski augenscheinlich der Qualität des Fleisches nicht traute und es dennoch kaufte. Der Schlächter teilt zum Schluß noch mit, daß von der Ware nichts verkauft worden ist.

### Gerichts-Beilage.

**Der viel erwähnte „Bankier“ Max Opy** wurde gestern aus der Untersuchungsanstalt dem Schwurgericht des Landgerichts I vorgeführt, da er nach Ansicht der Anklagebehörde eine bestimmende Rolle in einer Anklage wegen Verbrechen wieder lebendes Leben gespielt haben soll. Angeklagt sind die 22 Jahre alte unverehelichte Hedwig Stod, Stiefochter des früheren Schlächtermeisters, Privatiers Behrend, die Bekannte Frau Maria Vetschowa, und der 35 Jahre alte Bankier Max Opy. Die Angeklagte Stod wird beschuldigt, ein Verbrechen gegen lebendes Leben begangen, die Vetschowa, die Mittel zur Ausführung dieses Verbrechens hergegeben und Opy, durch zwei selbständige Handlungen die Stod durch Ueberredung, die Vetschowa durch Geschenke zu dem Verbrechen vorzüglich bestimmt zu haben. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landesgerichts-Direktor Wagner, die Anklage vertritt Staatsanwalt Wahr, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Loh, Dr. Schwindt und Dr. Paul Rosenfeld. Die beiden ersten Angeklagten sind bisher unbestraft, die Angeklagte Stod hat vom 5.-18. September in Untersuchungsanstalt gesessen. Befindet sich aber seitdem wieder auf freiem Fuß. Auch die Vetschowa ist unbescholten, dagegen ist Opy, der in zweiter Ehe verheiratet ist, im Jahre 1893 wegen wiederholten Betruges mit 6 Wochen Gefängnis, im Jahre 1894 wegen Unterschlagung, Ketzerei und Betruges mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis vorbestraft. Unter den vorgeladenen 12 Zeugen befinden sich die Frau des Angeklagten Opy, dessen Vater, der Glasermeister Opy aus Angermünde, und der aus der Untersuchungsanstalt vorgeführte Stiefvater der Angeklagten Stod, Privatier Behrend. Als Sachverständige sind Medizinalrat Dr. Wittenzweig, Gerichtsarzt Dr. Puppe, Dr. med. Samter und Sanitätsrat Dr. Hornet zur Stelle. Es handelt sich bekanntlich auch um ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten Opy. Der Gerichtshof schloß für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit aus.

Der Gerichtsarzt Dr. Puppe bekundete eine ganze Reihe von Momenten, die es als zweifelhaft erscheinen ließen, ob Opy bei Begehung der hier in Frage stehenden Straftat geistesgesund gewesen sei. Dr. Puppe beantragte, den Angeklagten Opy zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Charité zu überweisen und der Gerichtshof entsprach diesem Antrage.

Die Angeklagte Stod wurde unter Annahme mildernder Umstände wegen versuchter Abtreibung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei noch die erlittene Untersuchungsanstalt (3 Wochen) in Anrechnung zu bringen ist. Schlechter kam die Angeklagte Vetschowa weg, die wegen Ver-

hilfe zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Sie blieb mildernde Umstände verjagt und zwar mit Rücksicht auf ihr Alter während der Verhandlung, hauptsächlich aber deshalb, weil sie in gewinnlicher Weise handelte, als sie für ihre Beihilfe 500 M. forderte und auch erhielt. Diefür wurde auch die dreimonatige Untersuchungsanstalt nicht angerechnet.

**Ein Bild des Jammers.** Jugendliche Diebe hatten sich gestern vor der achten Strafkammer zu verantworten. Es handelt sich um zehn, sämtlich noch schulpflichtige Knaben, die zum Teil erst sechsen das strafmündige zwölfjährige Alter erreicht hatten. Die meisten waren schon wegen Eigentumsverbrechen vorbestraft, mehrere wurden aus dem Gefängnis vorgeführt. Es waren zwei Brüderpaare darunter, die Knaben Ernst und Bruno Woinke und Ernst und Otto Swoboda. Fast alle waren es Kinder von Arbeitern, die durch die Unlust der Großstadtverhältnisse außer Stande waren, sich genügend um deren Erziehung zu kümmern. Die Kotte hatte sich zusammengesetzt, um gemeinsam die Kassen in den Läden zu betreten und war dabei mit außerordentlicher List und Berwegenheit vorgegangen. Monatelang haben die Angeklagten den Norden der Stadt unsicher gemacht. Die Kassen waren demnach verteilt, daß einige von ihnen die Gelegenheit zu Diebstählen anständig zu machen hatten. Es mußten Läden sein, in denen nur eine einzige Person zu thun hatte, die sich bei Abwesenheit von Käufern, im Wohnzimmer aufhielt. Zunächst wurde die Ladentür aufgeschloß und war dies unbemerkt geschehen, so wurde nach einer Weile einer der Kleinsten von der Wunde hineingeholt, der sich in gebührender Haltung um den Ladentisch herumhäkelte und die Kasse dann austräumen mußte. Auf diese Weise vollführten sie viele Diebstähle. Einmal fiel ihnen eine Beute von 120 M. zu. Die Angeklagten beschloßen, sich einige „vergünstigte Tage“ zu machen. Sie fuhren insgesamt nach Birkenwerder und hielten sich dort in der Umgegend drei Tage und drei Nächte auf. Dabei verstanden sie gut zu leben, nach 3 Tagen waren die 120 Mark verbraucht; die Angeklagten kehrten nach Berlin zurück, um das Diebstahlwerk so lange wieder fortzusetzen, bis sie gefast wurden. Der Gerichtshof verurteilte die Führer der Bande, Ernst Woinke und Adolf Wogge zu je einem Jahre Gefängnis. Die übrigen Angeklagten kamen mit gelinderen Strafen davon. Natürlich wird das Gefängnis die Knaben nicht bessern. Sie werden weiter den Weg des Verbrechens wandern, wandern müssen, falls man ihnen aber wehrt es, diesen Kindern die Schuld an ihrem Unglück beizumessen?

### Vermischtes.

**Aus Neufahrwasser** wird berichtet: Montag früh brach in der Fabrik der Zuckerraffinerie Danzig-Neufahrwasser Feuer aus, das bis 10 Uhr mittags noch nicht völlig gelöscht war und bedeutenden Schaden sowohl an den Fabrikgebäuden wie an den Maschinen angerichtet hat. Verluste an Menschenleben sind nicht zu besorgen, doch dürften eine große Anzahl Arbeiter durch den Brand brotlos werden. Die Beamtenwohnhäuser sowie auch das Comptoirgebäude konnten gerettet werden. Die Wäcker und die Kasse waren während des Brandes auf dem Kriegsfeld „Regie“ untergebracht worden.

**Eine Bestie.** Die des „Poener Tagesbl.“ meldet, erlief der Arbeiter Severin Jajdowicz in Wisolaw am Sonntagabend seine Ehefrau, nachdem er ihr vorher die Ohren und die Nase abgeschnitten hatte. Der Mörder wurde verhaftet.

**Brand im Eisenbahnwagen.** Ein größliches Brandunglück wird über Warschau vom 17. November gemeldet. Auf der Strecke zwischen Sosnowice und Radowice entstand gestern in einem Wagen eines Eisenbahnzuges dadurch ein Brand, daß der Inhalt einer zerbrochenen Benzinfäße Feuer fing. Von dreißig in dem Wagen befindlichen Arbeitern verbrannten drei, während elf schwere Brandwunden davontrugen. Das Feuer ergriff auch den Nachbarwagen, beide Wagen waren in kurzer Zeit völlig verbrannt.

Marktpreise von Berlin am 16. November 1901

nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidenten.						
Waren	Gr.	Gr.	Gr.			
Wegen, gut	14,20	14,18	Schweinefleisch	1,70	1,30	
mittel	14,12	14,08	Rohfleisch	1,80	1,40	
gering	14,04	14,00	Dammfleisch	1,60	1,20	
* Roggen, gut	14,40	14,30	Butter	2,80	2,20	
mittel	13,80	13,70	Eier	60 Stk.	5,40	2,80
gering	12,90	12,80	Kartoffeln	1 kg	2,20	1,20
* Weizen, gut	16,40	16,30	Hale	2,50	1,40	
mittel	15,70	15,60	Haubens	2,50	1,20	
gering	15,10	15,00	Beide	2,00	1,10	
Rüchweiz	7,50	7,40	Barche	1,80	0,80	
den	8,90	8,80	Schilke	2,80	1,20	
Grillen	40,00	39,00	Hühner	1,40	0,60	
Eierstöckchen	60,00	58,00	Kreife	per Schock	16,00	3,00
Äpfeln	60,00	58,00				

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

### Schriften-Eingang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 7. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Graf Paul Doyfeldt. — Der Wiener Parteitag. Von R. Knauth. — Karl Bürtli. Von D. Thurov. — Sozialer Imperialismus. Von M. Beer. — Handlungen zu den deutschen Wandern. Von Rudolf Krauß. — Akademiker und Proletariat. Von Michael Zappetta. — Väterliche Rindschau: D. H. Kacrasch, Trusts und die Diste. Von J. B. Keten.

Von der „Gleichheit“, Heftausfertiger für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist und soeben die Nr. 34 des 11. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Hausfrauenfrage. Von A. Br. — Der zweite Verbandstag der fortgeschrittenen Frauenvereine. — Aus der Bewegung. — Heilstein: Partisners alte Syrin. Von A. Angergruber (Hofburg). — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Verleihen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspostzeitungsliste für 1901 unter Nr. 278) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 35 Pf.; letzter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ giebt soeben die 24. Nummer seines 18. Jahrgangs und damit die 400. Nummer seit dem Erscheinen des „Wahren Jacobs“ in Stuttgart heraus; es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß bereits in Hamburg 1877/78 ein Jahrgang des „Wahren Jacobs“ erschienen ist. An der Spitze der Beilage bringt die Nummer die Biographien der verstorbenen Genossen Bruno Schoenland und Karl Bürtli aus der Feder von persönlichen Freunden der Verstorbenen. Die Biographien sind wohlgehaltene Porträts beigegeben.

Das Hauptblatt beschäftigt sich in seinem farbigen Titelbild mit zwei Schäser und einer Herde mit den Wunden des Herrn v. Frege für seine Abkühlung, das Hauptbild des Reichstags niedergeburt. Das farbige Bild „Der Bauernbund“ ist ein Gemälde von 7,50 M. und bei einem Gezeide von 3,50 M. in eine Satire auf agrarische Königstreu, deren Grad von der Höhe der Höhe abhängig ist. Außerdem ist die politische Satire in Wort und Bild in der 12. Seiten heißen Nummer reichhaltig vertreten. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Die Frauenfrage. Von Lily Braun. Leipzig. S. Hirzel. Preis 10 M.

Vierter Jahresbericht der Arbeiterkammer Zürich. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1901. Zürich. Buchdruckerei des Volkrechts. (Rüfen u. Feisberg.)

Bibliothek für modernes Geistesleben. Monatsheft zur Kenntnis der Gegenwart. Herausgegeben von Hans Bahmann. Heft 3: Sociale Erziehung. Preis 1 M. Leipzig-Roburg. Thatsächliche Verlagshaus.

Ziergeschichten. Für die Jugend ausgedacht von G. Hamburger. Jugendbüchlein. Leipzig. Ernst Benckisch. Preis 60 Pf.

Neue, nennente Verlegungs-Ausgabe von Tietzlers „Geant-Atlas“, 100 Karten in Kupferdruck, herausgegeben von Julius Tietzler, Geographischer Anstalt in Gotha. (Erscheint in 50 Lieferungen (jede 2 Karten) zu je 60 Pf.) 1. Lieferung: Nr. 15. (Schalpen in 1: 925 000, von G. Scherzer und G. Habicht; Nr. 64. China in 1: 750 000, von G. Varies.)